



## **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

### **26. Sitzung (öffentlich)**

8. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **7**

**1 Kleingartenwesen in NRW für die Anforderungen der Zukunft stärken** **8**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4808

Der **Ausschuss beschließt**, am 4. September ein  
Expertengespräch anzuberaumen.

**2 Mehr Tierschutz möglich machen – Landestierschutzbeauftragten in NRW einsetzen** 9

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/5053

Der **Ausschuss beschließt**, am 2. Juli um 14:00 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

**3 Verbot der Entgasung von Tankstellen endlich umweltfreundlich umsetzen!** 10

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/5052

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag Drucksache 17/5052** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

**4 Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser** 17

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/5345

Die Beratung wird verschoben.

**5 Dem Tierärztemangel im ländlichen Raum besser begegnen!** 18

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN  
Drucksache 17/5383

Der **Ausschuss beschließt**, im Herbst eine Anhörung durchzuführen.

**6 Nachhaltigkeitsprinzipien im Sport stärken 19**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/5062

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/5062** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

**7 Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen 22**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/4794

Die **Beratung** wird **vertagt**.

**8 Sachstandsbericht zum Einsatz von Rohstoffen und Recyclingmaterial in der Bauindustrie 23**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1772

– Aussprache.

**9 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Landesjagdzeitenverordnung 27**

Vorlage 17/1943 und  
Drucksache 17/5661

Der **Ausschuss stellt das Einvernehmen her**.

**10 Dürre und Borkenkäferbefall im Wald 28**Und:**Wie will die Landesregierung den Wald in NRW retten?**Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1999

– Aussprache.

**11 Sachstand zum Fortschritt der Bekämpfung von unerlaubten  
Gülleimporten nach Nordrhein-Westfalen 44**Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1998

– Aussprache.

**12 Welche Pläne hat die Landesregierung zur Umsetzung der neuen  
Düngeverordnung? 46**Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2001

– Diskussion.

**13 Auszahlung Dürrehilfen NRW 54**Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1985

Die Beratung wird verschoben.

**14 Sachstand der Umsetzung der europäischen Hochwasser-  
risikomanagement-Richtlinie in Nordrhein-Westfalen 55**Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2002

– Kurze Diskussion.

**15 Organisationsgutachten Umweltkriminalität 56**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1995

– Diskussion.

**16 Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Müllentsorgung zu sichern? 60**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2003

– Diskussion.

**17 Was bleibt übrig von der NRW-Nutztierhaltungsstrategie? 62**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2000

– Aussprache.

**18 Gefährdung von Insekten durch Windenergieanlagen 68**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2037

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/2037 zur Kenntnis.

\* \* \*



## Vor Eintritt in die Tagesordnung

gibt **Vorsitzende Dr. Patricia Peill** an, die Obleute hätten vereinbart, dass zu TOP 1 „Kleingartenwesen in NRW für die Anforderungen der Zukunft stärken“ ein Experten-gespräch am 4. September stattfinden solle. Damit werde die heutige Beratung ver-schoben.

Auch zu TOP 2 „Mehr Tierschutz möglich machen – Landestierschutzbeauftragten in NRW einsetzen“ werde es auch eine Anhörung geben, und zwar am 2. Juli um 14:00 Uhr.

TOP 4 „Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser“ werde in der nächsten Sitzung am 19.06. beraten.

Zu TOP 5 „Dem Tierärztemangel im ländlichen Raum besser begegnen!“ werde es eine Anhörung im Herbst geben.

Tagesordnungspunkt 7 „Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderpro-gramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstel-lung 2027 unterstützen“ werde auf den 19.06. vertagt.

Bezüglich TOP 13 „Auszahlung Dürrehilfen NRW“ werde der endgültige Bericht abge-wartet. Darüber werde dann in der nächsten Sitzung, wenn der Bericht vorliege, dis-kutiert.

Zu TOP 18 „Gefährdung von Insekten durch Windenergieanlagen“ habe Dr. Blex (AfD) erklärt, dass ihm der schriftliche Bericht ausreiche. Von daher werde keine Diskussion dazu stattfinden.

**Bianca Winkelmann (CDU)** äußert sich zu TOP 1, der ja aufgrund der beschlossenen Anhörung heute nicht beraten werde. Ihre Fraktion stehe mit den Kleingärtnern in Kon-takt. Im Jahre 2018 habe die NRW-Koalition einen Antrag zur Aufstockung der Haus-haltsmittel gestellt, damit die Kleingartenvereine in Nordrhein-Westfalen ein Projekt mit Kindern zum Thema „Insektenfreundliche Kleingärten“ starten könnten. Sie wolle sich bei der Ministerin bedanken, denn sie habe das Gespräch mit dem Ministerium ge-sucht, damit die Förderung um weitere 30.000 Euro im laufenden Jahr aufgestockt werde. Sie habe gehört, dass das Ministerium 30.000 Euro bewilligt habe. Dieses sehr erfolgreich angelaufene Projekt der Kleingärtner könne demnach weiterlaufen. Das freue sie sehr.

## 1 **Kleingartenwesen in NRW für die Anforderungen der Zukunft stärken**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4808

Der **Ausschuss beschließt**, am 4. September ein Experten-  
gespräch anzuberaumen.



**2 Mehr Tierschutz möglich machen – Landestierschutzbeauftragten in NRW einsetzen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/5053

Der **Ausschuss beschließt**, am 2. Juli um 14:00 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

### 3 Verbot der Entgasung von Tankstellen endlich umweltfreundlich umsetzen!

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/5052

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, der Antrag sei vom Plenum in seiner Sitzung am 20. Februar 2019 an den Umweltausschuss federführend sowie zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss überwiesen worden. Dieser habe sich in seiner Sitzung am 27. März 2019 darauf verständigt, kein Votum abzugeben. Sie beabsichtige, diesen Antrag heute abschließend zu beraten.

**Norwich Rüsse (GRÜNE)** legt dar, der Antrag erkläre sich selbst. Das wichtigste Wort stehe in der Überschrift: „endlich“. Er vertrete die Meinung, dass es sich bei diesem Vorgang um einen sehr ärgerlichen Vorgang handele, der für die Anwohner, die Betroffenen, eine Belastung darstelle. Er würde sich eine schnelle Umsetzung, insbesondere der technischen Anlagen, wünschen, dass man das, was der Gesetzgeber vorgesehen habe, auch tatsächlich tun könne. Das sei ein Beispiel dafür, dass die gesetzlichen Vorgaben zwar da seien, dass aber die Umsetzung nicht gelinge.

Der Antrag diene dazu, dass man da noch einmal mehr Druck hineinbekomme, um den umweltrelevanten Prozess endlich so zu gestalten, dass das Abgeben in die freie Umwelt nicht mehr möglich sei. Jeder Landwirt, der eine kleine Hoftankstelle mit 1.000/2.000/3.000 Litern habe, müsse eine Platte machen, alles Mögliche instand setzen. Hier an der Stelle dulde man über Jahre das Freisetzen dieser Gase in die Umwelt. Man sei nicht vorbereitet, wenn es endgültig verboten sei, weil man es technisch nicht umsetzen könne, weil die Anlagen nicht da seien. Er bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Thorsten Schick (CDU)** betont, das Verbot der Entgasung von Tankschiffen sei ein länderübergreifendes Problem. Das zeige sich, gerade wenn man sich den Rhein anschau. Da seien mehrere europäische Anrainerstaaten beteiligt, das sage er, um die Rolle Nordrhein-Westfalens insgesamt bei der Problemstellung deutlich zu machen. Beim Antrag der Grünen sei schon die erste Zwischenüberschrift falsch. Dort heiße es „Großes Umweltproblem verkannt“. Das Problem sei aber erkannt worden und werde gesetzgeberisch gelöst. Das Ratifizierungsverfahren des CDNI-Abkommens laufe zurzeit. Da stehe Deutschland auch nicht auf der Bremse. Das seien ganz andere Staaten. Eine Bundesratsinitiative, die in den Beschlussvorschlägen unterschwellig mitschwinde, mache das Verfahren nicht schneller, sondern eher langsamer. Das Problem habe man erkannt.

Wenn man sich Punkt II anschau, dann werde mit Unterstellungen gearbeitet. Es sei von einer „niedrigen Überwachungsrate“ die Rede. Er gehe davon aus, dass Behörden wie die Wasserpolizei ihre Arbeit machten, dass auch jetzt schon dort entsprechende Kontrollen stattfänden. Deswegen wäre das jetzt auch die Gelegenheit darzustellen,

was im Augenblick schon passiere, um nicht den falschen Eindruck stehen zu lassen, es gebe ein Überwachungsdefizit. Man sei auf dem Weg. Er glaube nicht, dass die Defizite, die in dem Antrag formuliert worden seien, tatsächlich bestünden. Insofern werde seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

**Frank Börner (SPD)** meint, das, was Herr Schick gerade gesagt habe, erinnere ihn daran, als wenn der Landwirtschaftsverband hier wäre und man über Tierställe reden würde. Es könne überhaupt nicht sein, dass irgendetwas in Nordrhein-Westfalen nicht kontrolliert werde und nicht ordentlich laufe. Ob man mit dieser Arroganz so weiterkomme, wisse er nicht.

Seine Fraktion unterstütze den Antrag der Grünen, sehe aber neben der Umweltbelastung insbesondere eine Gefährdungssituation als viel dringlicher an. Wenn ein Tankschiff entgast werde, gehe es nicht nur darum, dass die Umwelt an der Stelle belastet werde, sondern es könne auch darum gehen, dass eine Gaswolke bei Windstille in eine Siedlung ausweiche und zu Explosionen führe. Die Explosionen könnten auch an dem Tankschiff selber passieren. Das sei schon häufiger passiert. Das könne man nicht von der Hand weisen.

Er würde zusätzlich unterstreichen, dass die Dringlichkeit aus dem Bereich der Gefahrenabwehr an der Stelle ganz besonders wichtig sei. Es sei eben nicht alles gut, wie Herr Schick sage. Es gebe genug Hinweise in der Literatur darüber, dass das eine gefährliche Geschichte sei.

**Dr. Christian Blex (AfD)** hält fest, die Grünen wollten gerne wieder kontrollieren, am besten da, wo keiner wohne. Das mache man auch beim Diesel so. Es sei üblich bei den Grünen: verbieten, die Sau durchs Dorf treiben. Das Ganze sei in einem Prozess drin. Das sei schon vonseiten der CDU erwähnt worden. Das sehe seine Fraktion genauso. Es gebe keine Notwendigkeit, diesem Antrag zuzustimmen. Das sei einfach eine „grüne Sau“, die jetzt übers Wasser getrieben werden solle.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** kommentiert, dieser Ton sei im Ausschuss nicht angemessen.

**Markus Diekhoff (FDP)** betont, Herr Schick habe alles ausgeführt, was es dazu auszuführen gebe. Die Situation sei längst erkannt. Einiges laufe schon. Der Antrag sei in der vorliegenden Form überflüssig. Die dringend gesehene Gefahrenabwehr, die seitens der SPD hineingebracht werde, werde von dem Antrag nicht abgedeckt. Er solle einen Prozess anstoßen, der schon laufe. Er hinke hinterher und habe mit der konkreten Gefahrenabwehr, wie gerade dargestellt worden sei, nichts zu tun. Dazu werde man kommen, wenn der Gesamtprozess abgeschlossen sei. Seine Fraktion schließe sich der Ablehnung des Antrags an.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** hält fest, es sei von CDU und FDP gesagt worden, dass schon unglaublich viel in Gang gesetzt worden sei. Er habe einen anderen Kenntnisstand. Er wüsste gerne, welche Anlagen denn schon betriebsbereit seien, wo denn Schiffe diesen Entgasungsvorgang so durchführen könnten, dass keine Gase mehr in die Umwelt freigesetzt würden. Er frage, was es da gebe, welche Anlagen geplant seien, ob das ausreiche. Er bitte das Ministerium, dazu etwas auszuführen.

**Frank Börner (SPD)** findet es spannend, wie mit dem Thema von Herrn Schick und Herrn Diekhoff umgegangen werde. Es sei schön, dass die Wortbeiträge, was die Gefahrenabwehr angehe, auch ins Protokoll kämen.

Die **Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Ursula Heinen-Esser**, bittet um Entschuldigung, dass sie später gekommen sei. Sie habe an der Sitzung des Bergbauausschusses teilgenommen. Es sei unstrittig, dass das ein wichtiges Thema sei. Was sie aus dem Bundesverkehrsministerium erfahren habe, das für das Thema zuständig sei, sei die Tatsache, dass sie jetzt ratifizieren würden. Es gebe ein Land, das es schon gemacht habe, das seien die Niederlande. Frankreich und Luxemburg seien noch relativ weit davon entfernt. Deutschland sei zurzeit im Prozess drin.

**Regierungsbeschäftigter Holger Stürmer (MUNLV)** gibt an, in Deutschland gebe es schon seit langem ein Ventilierungsverbot für die Treibstoffe nach der 20. BImSchVO. Es gebe nicht jede Menge Anlagen, weil auch dort, wo man das Produkt gegen ein gleiches Produkt umlade, diese Dämpfe in den Häfen wieder in den Tank zurückgepumpt würden. Es gebe im Duisburger Hafen eine mobile Anlage. Es habe auch schon verschiedene Initiativen von Firmen gegeben, solche Anlagen anzubieten. Nun sei es so, dass es da, wo noch kein richtiger Druck bestehe, keinen richtigen Markt gebe. Jetzt, wo klar sei, dass das CDNI-Abkommen in absehbarer Zeit ratifiziert werde, das für alle flüchtigen organischen Stoffe gelten werde, gebe es auch schon Initiativen von Firmen, die am Rheinstrom ansässig seien, solche Anlagen zu errichten.

Es sei in zwei Fällen in NRW bekannt, dass es Überlegungen und Planungen gebe, noch keine konkreten Anträge, weil man erst dann anfangen werde zu bauen, wenn klar sei, dass man Kundschaft habe. Das sei ein Thema, das langsam in Gang komme, langsamer als gewünscht. Es sei schon ein altes Thema. Gerade wenn sich verschiedene europäische Staaten als Rheinanlieger auf eines dieser Abkommen einigten und das in Staatsrecht umsetzen müssten, dauere es eine ganze Weile. Der Binnenschiffferverband sei da auch dran. Es sei nicht so, dass man untätig sei. Natürlich sei es insbesondere ein Thema der Überwachung. Die Überwachung finde aber nicht nur so statt, dass man einfach den Schiffen hinterherfahre – das werde der Kollege der Wasserschutzpolizei gleich sagen können –, im Endeffekt prüfe man an Bord Unterlagen, die belegen müssten, dass in entsprechende Anlagen ventiliert worden sei, wohin ventiliert worden sei. Der Prozess werde, bis er befriedigend gelöst sei, wahrscheinlich noch ein paar Jahre dauern. Er gehe davon aus, wenn die Weichen hinsichtlich der Ratifizierung stünden – vom Bundesverkehrsministerium gebe es schon erste interne

Entwürfe, die habe er aktuell gesehen –, dann werde sicherlich der Markt besser werden. Dann werde sich wahrscheinlich auch die Logistik ändern. Das heiße, dann würden die Betreiber, die das bezahlen müssten – wer die Tankschiffe befülle, müsse auch das Ventilieren bezahlen, es bleibe nicht bei den Schifffern hängen –, sich auch Logistikkonzepte überlegen, bei denen sie möglichst selten mit einer externen Anlage ventilieren müssten, sondern das in den entsprechenden Chemiewerken oder Raffinerien machen könnten.

**PHK Olaf Amm (Polizeipräsidium Duisburg, Direktion Wasserschutzpolizei)** betont, ein Sicherheitsproblem in dem Sinne habe man nicht. Das Transportrecht werde von der UNECE herausgegeben. Das Entgasen von Tankschiffen sei dort seit Jahrzehnten geregelt. Man habe sich sehr intensiv damit beschäftigt. Auch in der neuen Anlage zum ADN 2019 sei das geregelt. Das Sicherheitsrecht der UNECE habe noch keine Probleme über Jahrzehnte aufgeworfen. Das Entgasen des Tankschiffes sei so, wie es aufgeschrieben werde, sicherheitstechnisch in Ordnung. Umweltrechtlich sei das ein anderes Problem. Beide Bereiche griffen ineinander.

Er verweise auf die Möglichkeit der Überwachung über das Sicherheitsrecht der UNECE. Die UNECE habe im Gefahrgutbereich eine Kontrollliste herausgegeben, die auch von den zuständigen Behörden in Deutschland verwandt werde, von NRW auch. Sie sei online gestellt. In Nordrhein-Westfalen fänden Kontrollen statt. Diese Kontrollen seien unter anderem im Sicherheitsprogramm des Polizeipräsidiums Duisburg verankert. Man führe jedes Jahr 900 Kontrollen durch. Das sei eine Größenordnung, bei der man nicht sagen könne, dass hier nicht kontrolliert werde.

Die Umsetzung des CDNI sei eine andere Sache. Das System sei vielschichtig. Für die Binnenschifffahrt sei es auch ein Kostenfaktor, ein Zeitfaktor, wenn man an Anlagen entgasen müsse. Man müsse gucken, dass die Binnenschifffahrt ein Verkehrsträger sei, der mit anderen Verkehrsträgern in Konkurrenz stehe. Diesen Hintergrund müsse bei all diesen Überlegungen immer haben.

Die Wasserschutzpolizei überwache und führe diese Überwachung so durch, wie die UNECE das herausgegeben habe. Da habe man die entsprechenden Feststellungen oder auch nicht. Das sei nicht immer ganz einfach. Man habe immer nur eine Momentaufnahme. Man könne nicht hinter jedem Schiff in Nordrhein-Westfalen herfahren und gucken, ob er die Luken aufmache oder nicht. Man werde aber – davon gehe er aus – durch die Kontrollen einen gewissen Verdrängungseffekt erzielt haben.

Es sei nicht so, dass das Entgasen zum Beispiel von Ottokraftstoff in der ganzen EU verboten sei. In Deutschland sei mit der 20. BImSch über die zugrunde liegende EU-Richtlinie hinausgegangen worden. Es gebe durchaus Möglichkeiten für die Schifffahrt, außerhalb von Nordrhein-Westfalen – rechtlich gesehen zulässigerweise – Richtung Nordsee, im Bereich der Niederlande legal zu entgasen. Die Schiffe seien auf das Entgasen in Nordrhein-Westfalen nicht angewiesen, im Moment jedenfalls. Sie nähmen auch die Ladung auf in den Niederlanden. Sie müssten nicht stilllegen, sie könnten ihr Fahrzeug betreiben, fahren. Ein Schiff müsse die ganze Zeit fahren. Wenn in den Niederlanden ein trockenes Tankschiff erwartet werde, dann hätten die Schiffe

legal im Moment nach EU-Recht entgast. Das sei der Hintergrund. Die Thematik sei sehr vielschichtig.

**Norwich Rübe (GRÜNE)** möchte wissen, wie man sicherstelle, dass Entgasen nicht vor Erreichen der niederländischen Grenze stattfinde.

**PHK Olaf Amm (Polizeipräsidium Duisburg, Wasserschutzpolizei)** antwortet, die Kollegen seien rund um die Uhr draußen. Er denke, das habe einen gewissen Abschreckungseffekt. Es habe einmal einen Bericht im WDR gegeben, wonach aus Keeken im Bereich der deutsch-niederländischen Grenze Feststellungen getroffen worden seien. Man habe über 8 km eine Grenze in Strommitte. Da sei es so, dass die Schiffe in den Niederlanden entgasen würden. Das sei geltendes Recht.

**Rainer Deppe (CDU)** kommt auf das Thema „Sicherheit“ zu sprechen. Er frage, ob der Polizei Vorfälle bekannt seien, in denen es zu den eben befürchteten Explosionen gekommen sei, wo Sicherheitsaspekte tatsächlich eine Rolle gespielt hätten.

Herr Amm habe dargestellt, wie präsent die Polizei auf dem Wasser sei. Er frage, ob andere Methoden eher helfen könnten, diejenigen, die vielleicht illegal entgasen würden, zu überführen. In dem Antrag werde vorgeschlagen, eine Kette von Messstationen aufzubauen. Da wüsste er gerne, ob das dazu führen würde, dass man diese Leute finden könnte oder nicht.

Die Fragestellung sei vom Umweltministerium beantwortet, erwidert **PHK Olaf Amm (Polizeipräsidium Duisburg, Wasserschutzpolizei)**.

Zum Sicherheitsrecht: Er mache den Job seit 1993. Ihm sei nicht bekannt, dass es in der Problematik irgendeinen sicherheitstechnischen Vorfall gegeben habe. Es werde hin und wieder von den Kollegen festgestellt, dass gegen gewisse Bestimmungen des Sicherheitsrechts, also des ADN, verstoßen werde. Dann würden entsprechende Anzeigen gefertigt. Dass es hier zu einem echten Vorfall gekommen sei, bei dem auch etwas explodiert sei, das sei nicht bekannt. Das könne er sich auch nicht vorstellen. Das Sicherheitsrecht werde im Bereich UNECE regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben. Wenn da Unfälle seien, dann würden die bearbeitet, dann würde das fortgeschrieben. Das Thema „Sicherheit“ stehe hier nicht im Moment zur Diskussion.

**Frank Börner (SPD)** erklärt, er habe irgendwann einmal den ADN-Schein gemacht. Das Schiff habe „Charlotte“ geheißen, das könne vor 1993 gewesen sein. Im Krefelder Hafen müsste ein größerer Vorfall gewesen sein, der auch auf Entgasung zurückzuführen gewesen sei. Es könne sein, dass das vor 1993 gewesen sei.

Die „Charlotte“ sei im Kanalbereich explodiert, weil das vorgeschriebene Sicherheitsrecht, es dürfe nur während der Fahrt entgast werden, nicht eingehalten worden sei, erwidert **PHK Olaf Amm (Polizeipräsidium Duisburg, Wasserschutzpolizei)**. Das

Schiff habe im Kanal stillgelegen. Das liege nicht an den Vorschriften. Wenn irgendeiner etwas mache, was nicht der Vorschrift entspreche, dann stecke man da nicht drin. Da komme man nur hinterher.

**Frank Börner (SPD)** fährt fort, das sei der Ansatz, es gebe nicht genügend technische Voraussetzungen dafür, es gebe nicht die Möglichkeit, alles zu kontrollieren, was man kontrollieren könne. Die Vorfälle seien da. Das bekomme man nur geregelt, indem genügend technische Voraussetzungen da seien, dass entgast werden könne. Im Zweifel müsse über Nachweispapiere überprüft werden, dass es durchgeführt worden sei. „Charlotte“ sei ein Beispiel, aus dem viele gelernt hätten. Man mache das nicht mehr in der Position, wenn das Schiff festliege. Dass es nicht passieren könne, wenn man das vorschriftsmäßig mache, sei logisch. Dafür gebe es das ADN. Es werde aber auch anders gemacht.

**PHK Olaf Amm (Polizeipräsidium Duisburg, Wasserschutzpolizei)** merkt an, es gehe nicht um „diese Vorfälle“, es gehe um einen Vorfall. „Charlotte“ sei explodiert, stillliegend. Das habe in keiner Weise einem Sicherheitsrecht entsprochen. Selbst wenn man neues Recht schaffe, auch im Umweltrecht, wenn einer dem Recht nicht folge, dann sei man hilflos.

**Norwich Rüsse (GRÜNE)** meint, das gehe jetzt in die falsche Richtung. Er unterstelle keinem Binnenschiffer, dass er die Umwelt verschmutzen wolle. Der Antrag diene dazu, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Anlagen in Deutschland überhaupt bereitgestellt würden. Wenn es seit 2006 die Vorschrift gebe, dass das in Deutschland nicht mehr stattzufinden habe, dann habe der Gesetzgeber gewollt, dass die Tank-schiffe ordnungsgemäß entgast würden mit entsprechenden Anlagen, dass es nicht mehr in die Umwelt freigesetzt werde. Er habe sicher nicht gewollt, dass die Binnenschiffer legal bis hinter die Grenze führen und es dort machten zum Teil mit der Folge, dass die Wolke nach Deutschland zurückkomme. Der Antrag diene dem Zweck, endlich die Dinge in Gang zu setzen, dass diese Anlagen in Deutschland da seien. Dann könne man entsprechenden Druck auf Binnenschiffer aufbauen und sagen, dass sie ordnungsgemäß zu entsorgen hätten. Das sei der Sinn des Antrags gewesen. Er bitte um Zustimmung.

**Dr. Christian Blex (AfD)** versteht die Logik nicht. Die Binnenschiffer würden doch vorschriftsmäßig entgasen in den Niederlanden. Er sehe jetzt das Problem nicht, was Herr Rüsse da aufbausche. Es laufe doch alles vorschriftsmäßig. In Deutschland dürften sie es nicht, das machten sie auch nicht. Sie führen über die niederländische Grenze und würden dort entgasen. Er frage, ob man jetzt in Holland einmarschieren wolle.

**PHK Olaf Amm (Polizeipräsidium Duisburg, Wasserschutzpolizei)** hält fest, es werde regelmäßig kontrolliert, und es gebe keine illegalen Feststellungen. Es sei nach

EU-Recht zulässig, in die Niederlande zu fahren. Nordrhein-Westfalen sei nur ein ganz kleiner Teil in diesem großen Gebilde. Man habe ein Rechtssystem des UNECE-Sicherheitsrechts. Man habe die Richtlinie der EU. Hier sei so viel umgesetzt worden, wie es irgendwie gehe, um die Umwelt zu schützen. Wenn andere das nicht machten – er wisse nicht, ob das hier eine Thematik sein könne. Es liege außerhalb von Nordrhein-Westfalen und auch ein wenig außerhalb des Einflussbereichs.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** meint, auch das sei keine Antwort auf seine Frage.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag Drucksache 17/5052** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.



**4 Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/5345

Die Beratung wird verschoben.

## 5 Dem Tierärztemangel im ländlichen Raum besser begegnen!

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN  
Drucksache 17/5383

Der **Ausschuss beschließt**, im Herbst eine Anhörung durchzuführen.

## 6 Nachhaltigkeitsprinzipien im Sport stärken

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/5062

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, dieser Antrag sei vom Plenum in seiner Sitzung am 20. Februar 2019 federführend an den Sportausschuss sowie zur Mitberatung an den Umweltausschuss überwiesen worden. Sie beabsichtige, diesen Antrag heute abschließend zu beraten.

**Ina Spanier-Oppermann (SPD)** gibt an, sie habe sich das Protokoll der Plenarsitzung angeschaut und wolle gerne ergänzend etwas dazu sagen. Bei den CDU-Kollegen habe sie den Tenor gelesen, jetzt brauche man noch einen Beirat, es gebe doch einen im Bund. Sie räume ein, dass man die Einrichtung eines solchen Beirates auch mit guten Gründen ablehnen könne.

Sie halte es aber für wichtig, dass die Politik gerade bei diesen Themen, bei denen die Bevölkerung ausgesprochen sensibel und empfindlich reagiere und auch sehr interessiert sei, verpflichtet sei, externen Sachverstand, Impulsgeber von außen, Blickwinkel, die man manchmal im politischen Kokon nicht sehe, in die Entscheidung mit einzufügen. Auf Bundesebene gebe es sehr viel. Aber in Nordrhein-Westfalen sage man doch oft, das Land sei groß, vielfältig. Es gebe viele Problemlagen. Es sei wichtig, dass man den NRW-Blick darauf setze. Sie würde gerne im Hinblick auf die Akzeptanz in der Bevölkerung noch einmal dafür werben, dass man vielleicht auch fraktionsübergreifend so einen NRW-Beirat einrichte. Sie denke, es gebe gute Gründe dafür. Das sei ihr Petitum zu diesem Thema.

**Bianca Winkelmann (CDU)** erklärt, ihre Fraktion sehe das anders. In dem Beirat, der vor Kurzem auf Bundesebene neu zusammengerufen worden sei, der mittlerweile von zwölf auf 14 Mitglieder angewachsen sei, seien auch Mitglieder der Staatskanzlei aus NRW vertreten. Doppelstrukturen seien in dem Fall nicht unbedingt nötig. Das Land Nordrhein-Westfalen sei im Beirat auf Bundesebene gut vertreten.

Die Natursportverbände in Nordrhein-Westfalen hätten sich als Interessengemeinschaft Natursport zusammengeschlossen und seien im Landessportbund organisiert. Der Landessportbund sei Oberorganisation in diesem Bereich und Stimme des Sports landesweit. Er sei gut vernetzt. Einen zusätzlichen Beirat brauche man nicht. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** erklärt, seine Fraktion werde den Antrag unterstützen. Er zeige auch, warum so ein Beirat notwendig sei. Themen, die man hätte mit aufnehmen können, würden in der Begründung nicht aufgezählt. Er finde, dass das Nutzen der Umwelt durch den Sport in einem so großen Land wie Nordrhein-Westfalen, das dicht besiedelt sei, etwas heikler sei als in anderen Ländern. Es sei eine große Chance, den

Beirat hier in Nordrhein-Westfalen zu installieren, weil er auch den Dialog zwischen Sport- und Umweltverbänden deutlich verstärken würde. Er könne helfen, viele Konflikte, die es gebe, auszuräumen. Seine Fraktion stimme dem Antrag zu.

**Andreas Terhaag (FDP)** meint, es gebe viele gute Gründe, den Antrag abzulehnen. Frau Winkelmann habe begründet, warum es keinen Sinn mache, noch einmal ein Gremium auf Landesebene einzurichten, wenn es im Prinzip auf Bundesebene ein Gremium gebe, das da auch gut arbeite.

**Dr. Christian Blex (AfD)** führt aus, manchmal werde viel heiße Luft produziert. Heiße Luft sei gerade in Zeiten, in denen die Klimaerwärmung nicht so richtig stattfinden wolle, sicher nicht das Verkehrteste. Er habe generell kein Problem mit einem wärmeren Klima, die SPD schon. Sie wollten, dass es eher kälter werde in dem Land. Sozial kälter werde es schon. Jetzt wolle man dem Sport ans Leder.

Die Verbindung „Sport und unökologisch“ halte er für problematisch. Die Fußballspieler spielten in der Regel draußen auf dem Sportplatz. Das Gras wachse nach. Das sei doch kein Problem. Sie spielten auf einem Kunstrasen, die Fläche bleibe so. Es könne sein, dass die Klientel von Herrn Rüße mit dem Mountainbike durch ein Naturschutzgebiet fahre, das möge so sein, das habe mit dem Klima nicht so viel zu tun. Es sei absurd, was in dem Antrag stehe. Die Akzeptanz für Sport sei in der Bevölkerung sehr hoch. Wenn es weiter zu solchen Verbotsanträgen kommen sollte, sinke allerdings die Akzeptanz der Grünen in der Bevölkerung.

Etwas zu CO<sub>2</sub>: Er wisse nicht, ob Herr Rüße es wisse. Das Ausatmen des Menschen von CO<sub>2</sub> werde vom IPCC als natürlich angesehen. Das steige an, wenn man sich sportlich betätige. Dann hätte man einen höheren Umsatz und würde mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen. Das zähle allerdings nicht zu den anthropogenen Klimaemissionen, CO<sub>2</sub>-Emissionen, sondern sei natürlichen Ursprungs. Es spreche nichts dagegen, ein wenig Sport zu machen. Das täte manchem auch ganz gut.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** erklärt, er störe sich vor allem an der Perspektive, die auf Seite 2 oben im Antrag aufgezeigt werde. Da heiße es:

„Zur Vorbeugung von Nutzungskonflikten können auch freiwillige Verhaltensregeln der Sportverbände und gemeinsam zwischen Naturschutz, Sport und Grundeigentum erarbeitete gebietsspezifische Nutzungskonzepte beitragen. Hier ist die Landespolitik in der Pflicht. Sie hat die Aufgaben, den Dialog ... zu koordinieren und zu moderieren.“

Er sei seit 20 Jahren im Kreistag umweltpolitischer Sprecher. Er könne sich entsinnen an eine Diskussion, die auch im Umweltausschuss stattgefunden habe, es sei um das Klettern im Ruhrtal gegangen. Da sei der sportpolitische Sprecher der Grünen Ewald Groth gewesen. Es habe geheißen, mehr Felsen öffnen. Vor Ort hätten die Naturschutzverbände getobt. Der Alpenverein habe gefordert, alle Felsen aufzumachen. Die

anderen hätten gesagt, alle Felsen zu, bezogen auf die Ruhr. Dann habe es hier salomonisch geheißen, das würden die vor Ort schon regeln. Das habe man geregelt im Landschaftsplan. Das habe mit den aufgeführten Akteuren Monate und Jahre gedauert. Vereinbarungen seien getroffen worden, gebietsspezifisch, weil es um Naturschutz und FFH-Gebiete gegangen sei, die berührt seien. 7 % der Felsen seien auf. Es gebe eine Kann-Regelung. Auch wenn man jetzt sage, hier sei die Landespolitik in der Pflicht – die Zuständigkeit liege auf der kommunalen Ebene. Da bekomme man Kompromisse im Regelfall auch leichter hin. Man könne zwar bestimmte Papiere produzieren, Grundsatpositionen austauschen; vom Duktus her, für die gebietsspezifischen Lösungen, sei dieser Ansatz nicht der richtige.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/5062** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

**7 Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/4794

**Die Beratung wird vertagt.**

## **8 Sachstandsbericht zum Einsatz von Rohstoffen und Recyclingmaterial in der Bauindustrie**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1772

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die SPD-Fraktion habe mit Schreiben vom 1. März 2019 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der mit Vorlage 17/1772 dem Ausschuss übersandt worden sei.

**Jürgen Berghahn (SPD)** bedankt sich beim Ministerium und der Ministerin für den Bericht. In dem Bericht heiße es, dass der Einsatz von Ersatzbaustoffen oder Recyclingbaustoffen geboten sei, unterstützenswert sei. Das könne man in dem Bewusstsein, dass andere Rohstoffe knapper würden und dass die Ressourcen geschützt werden müssten, unterstützen.

Es fehlten allerdings Zahlen zu der Situation in NRW. Es würden Bundeszahlen angegeben, 12,7 % Primärrohstoffe würden eingesetzt. Er habe ein paar Fragen, die aber auch nach der Sitzung beantwortet werden könnten. Sicher sei es ein Problem, dass es in der Wirtschaft nicht so angenommen werde, dass es hohe umweltschutzbezogene Anforderungen an die Qualität des Ersatzbaustoffes und anderen Schadstoffen gebe. Da sei eine gewisse Rechtsunsicherheit. Man spreche gerne vom technischen Stand. Keiner wisse, ob in fünf, sechs, sieben, acht Jahren plötzlich der technische Stand vielleicht falsch gewesen sei und ganz neue Schadstoffausstöße festgestellt würden. Die Wirtschaft habe das Problem, diese Recyclingstoffe einzusetzen. Er frage, welche Vorschläge das Ministerium machen könne, um etwa Recyclingstoffe im privaten Bereich oder in der freien Wirtschaft verstärkt einzusetzen.

Des Weiteren wüsste er gerne, welche Potenziale es bei den Recyclingstoffen als Baustoff gebe, um zum Beispiel andere Rohstoffe wie Kies zu ersetzen. Es würden einige Beispiele aufgeführt. Im Beton werde es angewandt. Da gebe es sicherlich noch andere Möglichkeiten. Vielleicht gebe es auch Gutachten dazu. Er frage, wie die Preisunterschiede bei den Ersatzbaustoffen im Vergleich zu den Rohstoffen der natürlichen Art seien.

**Thorsten Schick (CDU)** möchte die Landesregierung loben. Die Zahlen seien nicht das Problem, sondern das Problem sei die Rechtsunsicherheit. Herr Berghahn habe gerade auch private Investoren genannt. Auch die kommunale Hand sei da sehr zurückhaltend, weil Rechtsunsicherheit bestehe. Wenn man die Zahlen steigern wolle, dann brauche man eine Mantelverordnung auf der Bundesebene, dann brauche man die entsprechende Rechtssicherheit. Daran werde gearbeitet. Er habe auch gelesen, dass sich die Landesregierung da positiv einbringe. Da seien letztendlich die Hebel, die sowohl die Kommunen als auch die privaten Investoren interessieren würden. So-

lange man das nicht rechtssicher für alle gelöst habe, würden die Zahlen nicht befriedigend sein. So wie er vernommen habe, sei man auf einem guten Weg. Er hoffe, dass die nächsten Berichte dann, was die Zahlen angehe, für alle befriedigend ausfielen.

**Norwich Rüste (GRÜNE)** macht darauf aufmerksam, wer mit dem Zug nach Düsseldorf reinfahre, sehe zurzeit ein großes Loch, das entstanden sei, weil mehrere Komplexe abgerissen worden seien. Dasselbe gelte für den Platz hinter der ehemaligen Staatskanzlei am Stadttor auch. Da werde ein Gebäude auseinandergepflückt. Er finde es schon beachtlich, welche technischen Möglichkeiten da seien, wie solche Gebäude in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt würden und wie die einzelnen Fraktionen ausgesiebt würden. Er habe das Gefühl, im Vergleich zu den Zuständen vor 30, 40 Jahren habe sich der Stand der Technik erheblich verbessert. Diese Rohstoffe seien mit Sicherheit heute besser wiederzuverwerten. Früher seien die großen Brocken irgendwo auf eine Bauschuttkippe gekommen und weg seien sie gewesen.

Hier sei mehrfach das Thema „Rechtsunsicherheit“ angesprochen worden. Er wüsste gerne, worin die nun tatsächlich bestehe. Auch würde er gerne an die Frage des Kollegen anschließen, weil man im Rahmen des LEPs die erleichterte Freigabe von Rohstoffen diskutiere. Am Niederrhein Sorge es in der Bevölkerung für eine gewisse Unruhe, dass dort die Entkiesungen verstärkt wieder vorgenommen werden sollten. Da sei jede Tonne recycelter Baustoff, der verwendet werde, auch eine gute Möglichkeit, nicht so viel Kies abbaggern zu müssen und die Bevölkerung an der Stelle, eine Region zu entlasten, dass man dort weniger in die Natur, in die Landschaft eingreife.

Er frage – es gehe um einen Markt, über den eben beim Thema Entgasung von Schiffen gesprochen worden sei –, wie man einen solchen Markt gestalten müsse, dass tatsächlich ein Anreiz da sei, einen aufbereiteten Bauschutt zu verwenden, der mit Energie und Arbeit verbunden sei im Gegensatz zu Kies, den man leichter entnehmen könne. Er wüsste gerne, wie sich die Preisrelation darstelle. Eigentlich müsste derjenige, der Recyclingmaterial einsetze, finanziell belohnt werden.

**Leitender Ministerialrat Thomas Buch (MULNV)** kommt zunächst auf die Zahlen für Nordrhein-Westfalen zu sprechen. Da müsse er leider passen. Es gebe dazu keine konkreten Erhebungen. Was er sagen könne – das werde auch in dem Bericht aufgeführt –, man stelle fest, 12,7 % des Bedarfs an mineralischen Primärbaustoffen könnten ersetzt werden. Es sei nicht so, dass man jetzt zu dem Ergebnis käme, dass alles oder ein sehr großer Anteil durch Recyclingmaterial ersetzt werden könnte. Das gebe der Markt tatsächlich nicht her. Gleichwohl werde angestrebt, den entsprechenden Anteil weiter zu erhöhen.

Es sei nach der Rechtsunsicherheit gefragt worden. Das sei das entscheidende Problem in dem Zusammenhang. Die Ersatzbaustoffverordnung, die Mantelverordnung, sei genau das Thema. Man brauche, um diese Materialien auch an anderen Stellen einsetzen zu können, die entsprechende Ersatzbaustoffverordnung, die die Qualitätskriterien definiere. Man sei seit zwölf Jahren in der Diskussion. Es sei ein ausgesprochen schwieriger Prozess, der sich auf Bundesebene abspiele. Er wolle nicht sagen, dass



man in der Diskussion auf der Zielgeraden sei. Momentan fänden intensive Gespräche zwischen Bund und Ländern statt. Die „Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall“ treffe sich in der übernächsten Woche, um noch einmal zu diskutieren, welche Möglichkeiten es gebe. Die Verordnung müsste durch den Bundesrat.

Die Landesregierung habe sehr deutlich gesagt, dass sie den Ansatz der Bundesregierung für eine Ersatzbaustoffverordnung grundsätzlich unterstütze. Da gebe es noch Diskussionsbedarf. Vor dem Hintergrund könne er im Augenblick keine seriöse Abschätzung geben, ob die Verordnung komme oder nicht. Das sei aber genau das, was man brauche, um tatsächlich den Einsatz von Recycelmaterial voranzubringen. Man brauche die Qualitätskriterien. In der Diskussion, die man mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunalvertretern führe, werde gefragt, wer gewährleiste, wenn man tatsächlich diese Materialien nehme, dass nicht in fünf oder zehn Jahren gesagt werde, da habe man leider Gottes vor zehn Jahren die Altlasten von heute produziert. Das sei eine Prognose. Das bekomme man auf der Akzeptanzseite schwer weg. Da tue man sich enorm schwer.

Es gebe Verwerteerlasse aus Nordrhein-Westfalen, die seit 2001 zur Anwendung kämen. Man habe mehrfach gesagt, eine Überarbeitung dieser Verwerteerlasse werde zurückgestellt, da auf man auf die Ersatzstoffbauverordnung warte. Sollte es jetzt bis spätestens zum Jahresende keine Ersatzbaustoffverordnung geben, würde man die Verwerteerlasse überarbeiten müssen, damit man die Qualitätskriterien sicher festlegen könne. Wie gesagt, das sei im Moment eine Hängepartie. Vor dem Hintergrund gebe es für die kommunale Seite Rechtsunsicherheiten.

Wenn ein Bauträger das Risiko nicht eingehen wolle und frage, wer ihm die Garantie gebe, dass er das in 10 Jahren nicht wieder ausbauen müsse: Das Problem könne man nicht wegdiskutieren.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** erinnert daran, die SPD und er hätten nach der Preiswürdigkeit der Baustoffe gefragt. Wenn man das ausblenden würde – Rechtssicherheit wäre da –, so wüsste er gerne, ob der Anreiz dann gegeben wäre.

**LMR Thomas Buch (MUNLV)** antwortet, er könne keine konkreten Preise liefern. Er wisse nicht, ob man das recherchieren könne. Das sei relativ schwierig, weil das auch bei den Primärbaustoffen ein volatiler Markt sei. Vom Grundsatz her werde man sicherlich ein Preisgefälle feststellen können, das nicht verbiete, die Ersatzbaustoffe einzusetzen. Der Markt sei da durchaus vorhanden. In bestimmten Bereichen würden 90 % der Materialien tatsächlich recycelt. Sie würden im Straßenbau eingesetzt beispielsweise. Das Produkt als solches sei durchaus wettbewerbsfähig. Man wolle gerne auch noch bei anderen Maßnahmen weiteres Material rechtssicher unterbringen. Da fehlten die Qualitätskriterien.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** erklärt, er habe einige Straßenbauprojekte im Hinterkopf. Nach seinem Eindruck seien da riesige Dämme aufgeschüttet worden, bei denen er

sich frage, ob das eine Straßenbaumaßnahme oder eine Entsorgungsmaßnahme gewesen sei. Er glaube, dass man teilweise nicht so glücklich darüber sein könne, dass diese Stoffe nur auf dem Markt anscheinend einsetzbar seien. – **LMR Thomas Buch (MUNLV)** stimmt Herrn Rüße zu.

## **9 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Landesjagdzeitenverordnung**

Vorlage 17/1943 und  
Drucksache 17/5661

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die Landesregierung habe beschlossen, diese Verordnung vorbehaltlich des Einvernehmens des Landtags auszufertigen. Hierzu sei eine Beschlussempfehlung des Ausschusses erforderlich.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** gibt an, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, sofern das nicht als Zustimmung zu dem „verkorksten“ Landesjagdgesetz ausgelegt werde.

**Wilhelm Korth (CDU)** hält fest, letztlich gehe es auch um die Afrikanische Schweinepest. Alles, was man dagegen tun könne, sollte man hier gemeinsam machen.

**Der Ausschuss stellt das Einvernehmen her.**

## 10 Dürre und Borkenkäferbefall im Wald

Und:

### Wie will die Landesregierung den Wald in NRW retten?

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1999

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** gibt an, die SPD-Fraktion habe mit Schreiben vom 24. April 2019 um einen entsprechenden Bericht gebeten. Ferner hätten die Grünen mit Schreiben vom 25. April 2019 ebenfalls um einen Bericht gebeten. Die beiden Berichte seien mit Vorlage 17/1999 in einem Bericht zusammengefasst worden.

**Inge Blask (SPD)** bedankt sich bei der Ministerin, dass sie die Task Force eingerichtet habe. Sie selber habe in Südwestfalen mit den Waldbauern vor Ort gesprochen. Es sei eine der herausragendsten Forderungen gewesen, dass sehr schnell eine Task Force eingerichtet werde, um zu gucken, was getan werden müsse, um das Thema „Borkenkäfer“ anzugehen.

Dieser Bericht lasse nach Meinung der SPD-Fraktion keine Visionen der Landesregierung für den Wald in Nordrhein-Westfalen erkennen. Das Waldbaukonzept 2050 sei vor Kurzem vorgelegt worden. Auch da bleibe man vage und unkonkret. Sie frage, welche Ziele sich die Landesregierung mit dem Waldbaukonzept setzen wolle, wie das mit dem Mischwald sei, was mit der Fichte passiere solle, welche Ziele die Landesregierung in der Entwicklung bis 2050 dazu verfolge. Dazu könne man nicht viel lesen.

Zum Thema „Schadholzmenge“, die es infolge der Dürre, der Stürme und des Borkenkäfers gebe: Waldbauern hätten 4,3 Millionen Festmeter ausgerechnet und hätten gesagt, sie bräuchten 16,5 Millionen Euro. Gestern Abend habe sie noch eine Pressemitteilung der Landesregierung lesen können, in der die konkreten Zahlen genannt worden seien, sofort solle es 1,2 Millionen Euro geben. Sie wüsste gerne, wie die Landesregierung, wenn auf der einen Seite 16,5 Millionen Euro ausgerechnet worden seien, auf 1,2 Millionen Euro komme.

Sie verweise auf die Warnemünder Erklärung des Deutschen Forstwirtschaftsrates, in der ein Mängelkatalog aufgestellt worden sei. Sie wüsste gerne, wie die Landesregierung zu dem Mängelkatalog stehe. Da gehe es einmal um Soforthilfen, aber es gehe auch um gesetzliche Regelungen, die auf den Weg gebracht werden sollten. Da gehe es um einheitliche und permanente bundesweite Erfassung des Waldzustandes, es gehe um ein bundesweites Krisenmanagement; es gehe um Harmonisierung bestehender Vorschriften, es gehe um Maßnahmen zur Krisenprävention. Sie frage, wie Nordrhein-Westfalen dazu beitragen könne, dass das umgesetzt werde.

Zum Thema „Nasslager und mechanische Entrindung“: Sie wüsste gerne, was konkret mit den Nasslagern auf den Weg gebracht worden sei, ob es Genehmigungsvorbehalte gebe, dass, wenn ein Nasslager eingerichtet werden könne, schnell darauf zugegriffen werden könne. Waldbauern hätten ihr vor Ort gesagt, dass die mechanische

Endrindung problematisch sei, weil es keine Anlagen gebe. Sie frage, ob da zusätzlich Anlagen geschaffen würden. Der Transport spiele eine große Rolle. Sie wüsste gerne, ob man da im Rahmen der Task Force eine Lösung gefunden habe.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** schickt voraus, zu den fachlichen Fragen würden gleich Herr Dr. Joosten und Herr Kaiser Ausführungen machen. Sie wolle gerne zum Thema „Finanzen“ etwas sagen. Sie habe lange gezögert, wie man mit dem Geld in der Frage umgehe. Es sei bei den Waldbesitzern etwas grundlegend anderes als das, was man etwa bei den Dürrehilfen tue. Während es bei den Landwirten tatsächlich um Existenzbeihilfen gegangen sei, gehe es bei den Waldbesitzern um Maßnahnehilfen.

Zeitnah habe die Landesregierung dieses Programm mit 1,2 Millionen Euro aufgelegt, von dem mittlerweile 1,1 Millionen Euro beantragt worden seien. Die 1,2 Millionen Euro seien quasi aufgebraucht. Dazu kämen 4,5 Millionen GAK-Mittel, die noch nicht angestastet worden seien. Sie sei bereit, den Waldbesitzern zu helfen, auch mit Herrn Lienenkämper zu sprechen. Das Geld habe sie nicht in ihrem Haushalt. Das müsse sie sich beim Finanzminister besorgen, um den Waldbesitzern zu helfen. Dazu müsse man klar festlegen, wozu diese Hilfe tatsächlich gebraucht werde. Es sei zu fragen, ob das Hilfen seien, um das Holz so schnell wie möglich aus dem Wald zu bekommen, ob es um die Aufforstung gehe. Die Themen dahinter würden Woche für Woche in der „Task Force Käfer“ besprochen. Sie werde in nächster Zeit auf das Parlament zukommen, was die finanziellen Ausstattungen angehe. Das wolle man gerne mit dem Ausschuss im Landtag besprechen.

Sie haben eben die 16,5 Millionen Euro genannt. Es sei ihr von den Waldbesitzern vermittelt worden, dass das zufälligerweise die Temperatur im Wildwald sei, bei der die Borkenkäfer aktiv würden.

**Ministerialdirigent Hubert Kaiser (MUNLV)** betont, bei den 16,5 Millionen Euro gehe es um Aufarbeitungsbeihilfen, um das Holz schnell aus dem Wald zu bekommen. Es gehe um 5 Euro pro Kubikmeter. Wenn man die Zahlen sehe, die beim Käferholz erwartet würden, könne man schnell auf die Millionen Kubikmeter hochrechnen und komme sehr schnell in Regionen dieser Millionenbeträge. Es habe auch schon einen sachlichen Hintergrund, auch wenn man nicht die Zahl als solche konkret berechnen könne.

Frau Blask habe gefragt, was mit dem Waldbaukonzept 2050 sei, wie sich das in diesen Maßnahmenkomplex eingliedere. Dieses Maßnahmenkonzept 2050 laufe schon länger, denn der Klimawandel und seine Effekte seien keine Problematik, die man erst durch die letzten Stürme erkannt habe, sondern weit vorher. Seit Kyrill gebe es eine permanente Diskussion im Bereich der Forstwirtschaft, wie man Bestände stabiler mache, auf der einen Seite durch den Aufbau von Mischbeständen, indem man nicht nur auf eine Baumart setze, weil Baumarten sehr unterschiedlich auf verschiedene Risikofaktoren reagierten – das sei das eine Moment –, das andere sei, dass man berück-

sichtigen müsse, wie schnell der Veränderungsprozess ablaufe. Das betreffe Baumarten und Herkünfte. Man müsse heimische Baumarten aus anderen Herkunftsbereichen wählen, die in der Lage seien, mehr Hitze zu ertragen, die in der Lage seien, in Mischung mit anderen Baumarten neue Mischbestände zu generieren.

Bewusst habe man es Waldbaukonzept 2050 genannt. Bestände, die man heute umbauere, hätten – das sei häufiger vorgestellt worden – normalerweise, wenn man gut geplant habe, eine Lebenserwartung von minimal 60, 70 Jahren, beim Laubholz deutlich über hundert Jahre. Das heiße, man müsse sich jetzt überlegen nach der Kenntnis der fachlichen Einschätzung, auf welche Baumarten man da noch setzen könne.

Mit den Forstwissenschaftlern habe man Szenarien durchgerechnet mit 2 Grad Wärmeerrhöhung, mit 3 Grad Wärmeerrhöhung und das konkret auf die Standorte heruntergebrochen. Das Waldbaukonzept sei jetzt ein Baukasten mit der Erläuterung von Fachleuten – er schieße sich nicht von alleine, dazu sei das Konzept zu komplex –, aber mit Beteiligung des Privat- und Körperschaftswaldes habe man den letzten Stand der Technik abgebildet. Das werde man sicherlich irgendwann fortschreiben müssen, weil man heute nicht wisse, wie schnell sich der Klimawandel wirklich entwickele. Das stehe hinter diesem Waldbauernkonzept. Es werde konkret für einen Standort eine Baumartenmischung empfohlen. Da könnten die Fachleute Dritte beraten. Das nutzten auch Waldbesitzer, die selber eigenes Fachpersonal hätten. Die brauche man vom Land aus nicht zu beraten. Die könnten das eigenständig bewirken.

Dann sei nach Nasslagern, Trockenlagern gefragt worden. Im Rahmen dieser Task Force sei der „Landesbetrieb Wald und Holz“ beauftragt worden, zunächst für den Hochsauerlandkreis ein Pilotkonzept zu diesen Nasslagerplätzen zu machen. Das habe der Landesbetrieb auch gemacht. Das werde schrittweise erweitert auf weitere Kreis, um herauszufinden, welche Flächen überhaupt infrage kämen. Sie seien identifiziert worden, kartenmäßig dargestellt worden. Naturschutzfachliche Fragen und andere Planungsrisiken seien eruiert worden. Man versuche jetzt nach und nach im Wege der Vorsorge, weil man damit rechnen müsse, dass im Zuge des Klimawandels Stürme häufiger seien, solche Plätze genehmigt zu bekommen. Dann werde man noch klären, ob und wie viele Flächen man seitens des Landes kurativ für Dritte vorhalten werde. Es gebe 63 % Privatwald, 200.000 Hektar gehörten den Kommunen. Das Land müsse nicht in jedem Fall und überall tätig werden. Das könnten auch andere machen. Aber die Konzeption wolle man schon in der Hand haben, damit das vernünftig ineinander greife.

Das geschehe im zweiten Schritt auch für Trockenlager, die eher eine Funktion in der Logistik hätten. Das heiße, wenn große Mengen aus dem Wald heraus müssten, wenn Mengen zwischengelagert werden müssten, vielleicht auch an Stellen, an denen Käfer fliegen könnten, aber nicht mehr in den Wald kämen und keine Drittschäden mehr anrichten könnten. Das Trockenlager sei also eher eine Logistikfrage.

Des Weiteren sei der Punkt der mechanischen Entrindung angesprochen worden. Früher habe es auch im Landesbesitz sogenannte mobile Entrindungsanlagen gegeben. Davon habe es manchmal eine, manchmal zwei landesweit gegeben, eine in Westfa-

len, eine im Rheinland. Weil sie nie benutzt worden seien – sie seien betriebswirtschaftlich immer vorgehalten worden –, seien sie bei allen Waldbesitzern abgeschafft worden. Heute produziere sie kaum noch irgendeiner weltweit. Man habe jetzt also andere Konzeptionen aufgebaut, weil man auf solche Ressourcen nicht zurückgreifen könne. So ein Ding sei auch nicht einmal eben gebaut. Das seien alles Unikate gewesen. Wenn solche Geräte wieder gebaut werden sollten, brauche das einen Vorlauf von einem Jahr, bevor so ein Aggregat überhaupt stehe. Darauf könne man sich jetzt nicht verlassen.

Man habe aber – dafür sei eine bestimmte Menge Geld reserviert worden – bei den Aufarbeitungsaggregaten, die man aus dem Wald kenne, die großen Maschinen, die die Fichten durchzögen, Entrindungskomponenten gefördert. Die kosteten 10.000 bis 12.000 Euro, sodass gleichzeitig mit dem Aufarbeitungsvorgang in der Zeit, wenn die Rinde locker draufsitze, große Teile der Rinde mit runtergenommen würden. Das sei auch eine Vorsorgemaßnahme, um Käfer zu bekämpfen.

Die Warnemünder Erklärung sei eine bundesweite Erklärung des Waldbesitzes aus der Erwartungshaltung heraus, dass man mit dem Klimawandel in den nächsten Jahren rechnen müsse. Solche Gradationen hörten normalerweise nicht einfach auf. Wenn man so ein Wetter bis Ende des Jahres hätte, dann würde die Käfer-Gradation in diesem Jahr einen Dämpfer kriegen. Aber man wisse nicht, wie sich das Wetter entwickeln werde. Also nehme man normale Verläufe an. Eine Käfer-Gradation dauere vier, manchmal fünf Jahre, bis sie wieder abflache. Weil das kein Phänomen des Landes Nordrhein-Westfalen sei, sondern sogar über das Bundesgebiet hinausgehe – Südschweden sei betroffen, Tschechien, Österreich, Norditalien und auch westlich von Deutschland seien Flächen betroffen –, müsse man in diesem gesamten Markt – vorwiegend sei das Nadelholz betroffen, sprich die Fichte – Vorsorge treffen, dass der Waldbesitz nicht in die Situation komme, diese Hölzer nicht mehr aus dem Wald raus holen und vermarkten zu können.

Der volkswirtschaftliche Schaden sei für die Waldbesitzer dadurch entstanden, dass der Preis einerseits zusammengebrochen sei auf etwa 50 % von Normaljahren und gleichzeitig seien die Aufarbeitungskosten am Unternehmermarkt hoch. Das führe dazu, dass sie zum Teil an die Grenzen der Liquidität kämen. Das liege auch daran, dass sie das Koppelprodukt Industrieholz oder andere Koppelprodukte, die mit anfielen, schlecht vermarkten könnten. Daraus sei die Warnemünder Erklärung entstanden. Der Waldbesitz werbe dafür, dass man die Wälder erhalte und die Perspektive nach vorne öffne und es den Waldbesitzern möglich mache, neue Wälder aufzubauen.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** bedankt sich für den Bericht. Wer mit Waldbesitzern spreche, merke, dass große Nervosität herrsche. Das sei auch nachvollziehbar, wenn man das alles in eine Linie seit Kyrill stelle. Nach Kyrill habe es den ökonomischen interessanten Ausweg gegeben, auch einmal Weihnachtsbäume zu pflanzen. Das falle jetzt aus. Wenn man den Vergleich zur Landwirtschaft ziehe: Für Landwirte sei es noch verhältnismäßig einfach, sie könnten sich jedes Jahr neu entscheiden und könnten neu überlegen, ob sie vielleicht eine trockenresistentere Sorte anbauen könnten. Da

sei mehr Flexibilität drin. Das könnten Waldbesitzer nicht. Der Vermögensverlust, der angefallen sei, sei sehr groß. Über die nächsten Jahrzehnte werde es zu Ertragsausfällen kommen. Wenn der Umbau zu Mischwald komme, dann werde sich die Ernte um Jahrzehnte nach hinten verschieben. Da werde wieder etwas fehlen. Es sei zu fragen, welche Möglichkeiten man den Waldbauern gebe, einen Gewinn aus ihren Wäldern zu erwirtschaften.

Es sei auch zu fragen, inwieweit zum Beispiel Windkraft im Wald das überbrücken könne. Einzelne Waldbauern würden sich fragen müssen, wovon sie leben sollten, was sie in den nächsten Jahren machten, wenn sie das bislang im Haupterwerb gemacht hätten. Viele seien Nebenerwerbs-Waldbesitzer, da möge das alles noch ein wenig einfacher sein. Wenn man das im Haupterwerb mache, dann sei das Vermögen massiv angegriffen, von dem man in den nächsten Jahrzehnten leben wollte, das man bewirtschaften wollte. Es sei zu fragen, ob man diesen Waldumbau nicht an der Stelle dadurch erleichtern könnte, indem man den Waldbesitzern entgegenkomme und ihnen das möglich mache. Die Nervosität sei auch in den Statements des Waldbauernverbandes, bei Herrn Heereman, klar zu sehen. Man dränge, es sei zu wenig Geld. Er könne das im Einzelnen nicht beurteilen. Die Waldbauern sagten, andere Länder machten mehr. Vielleicht tue man ja auch hier genug. Er wisse es nicht. Da sei die Verzweiflung schon groß. Es seien für Waldbesitzer unruhige Jahre.

**Rainer Deppe (CDU)** meint, wenn man die Berichte lese und wenn man sich in der Szene umhöre, müsse man schon den Eindruck haben, dass in Nordrhein-Westfalen das Ministerium, die Landesforstverwaltung und die Förster vor Ort eine gute Arbeit leisteten. Es sei wichtig, dass das auch hier einmal gesagt werde und nicht nur vor Ort in den Veranstaltungen der Forstbetriebsgemeinschaften, die in den letzten Wochen überall stattgefunden hätten. Da sei man schon ganz zufrieden damit, wie dort vorgegangen werde, dass die Task Force eingerichtet worden sei. Man merke, das Thema werde ernst genommen.

Die Koalitionsfraktionen hätten es auch ernst genommen. Sie hätten relativ früh für den Haushalt 2019 einen Erhöhungsantrag um 1 Million Euro als Soforthilfe gestellt. Damals sei der Umfang noch nicht absehbar gewesen. Wenn man die vorliegenden Anträge betrachte, müsse man sagen, dass man größere Probleme hätte, wenn die 1 Million Euro nicht eingestellt worden wäre. Damals habe man nicht gewusst, was an finanziellen Forderungen, Belastungen auf die Betroffenen zukomme. Man habe aber ein Zeichen setzen wollen. Die Ministerin habe eben ausgeführt, dass man aus allen möglichen Ecken des Haushaltes noch weitere Mittel zusammengekratzt habe und weiter versuche, Mittel zu akquirieren, sodass man sagen könne, die Koalitionsfraktionen ließen die Waldbauern, die Waldbesitzer nicht im Stich.

Herr Rüße habe eben die längerfristige Problematik dargestellt. Niemand wisse, wie der Sommer verlaufe. Die ersten Wochen des Frühjahrs seien besorgniserregend gewesen, was die Temperaturen und die Vermehrungsmöglichkeit der Borkenkäfer angehe. Jetzt könne man nur hoffen, dass das Wetter so bleibe, wie es jetzt sei. Ganz so einfach, wie Herr Rüße es gesagt habe, sei es in der Landwirtschaft auch nicht. Die



Grundwasservorräte seien nicht in dem Maße wieder aufgefüllt, wie sie eigentlich aufgefüllt sein müssten. Es sei aber zu erwarten gewesen, dass das nicht innerhalb eines Winters gelingen werde.

In Richtung AfD fährt der Redner fort, wer immer noch sage, den Klimawandel gebe es nicht, der werde regelmäßig eines Besseren belehrt. Wenn man die Zahlen der Temperaturentwicklung, Niederschlagsentwicklung der letzten Jahrzehnte sehe, könne man eindeutige Tendenzen ablesen. Auch Nordrhein-Westfalen sei von den Klimaveränderungen betroffen. Es mache keinen Sinn, davor die Augen zu verschließen.

Das Waldbaukonzept liege vor. Frau Blask habe es relativ pauschal eben kritisiert. Eben habe er schon eine Rede gehört, die man zu jedem Thema hier im Landtag hätte bringen können. Frau Blask habe sich auch diesem Niveau angenähert. Es wäre gut, wenn sie konkret sagen würde, was sie in diesem Waldbaukonzept anders geschrieben hätte als das, was hier drin stehe. Dann könne man darüber diskutieren. Diese pauschalen Vorhaltungen führten nicht weiter. Da sollte man doch an der Sache diskutieren und sehen, was zu verändern wäre, was die SPD anders gemacht hätte.

Seine Fraktion vertrete die Meinung, dass hier ein Waldbaukonzept mit Augenmaß geschrieben worden sei, das auch Abstand genommen habe von der Verherrlichung der Buche. In den letzten zwei Wahlperioden habe seine Fraktion immer davor gewarnt und gesagt, die Buche – der Lieblingsbaum von Herrn Remmel – sei nicht die Lösung für alle Situationen in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere sei die Buche auch nicht die Lösung. Wenn man die Wertschöpfungskette im Bereich des Clusters Holz erhalten wolle, dann sei man nach wie vor auf Nadelholzarten angewiesen. In bestimmten Bereichen würden die Nadelholzarten in diesem Umfang nicht mehr angepflanzt. Es sei absehbar, dass auf 300, 400 Meter Höhe an Südhanglagen die Waldbesitzer eher davon Abstand nähmen. Dass sie beraten würden, sei auch in Ordnung. Aber so zu tun, als ob die Buche überall die Lösung sein könnte, sei ein Fehler gewesen. Fehler könne man auch korrigieren.

Wichtig sei, dass man mit den Waldbesitzern zusammen ein Konzept entwickle, wie für jede einzelne Parzelle, für jeden einzelnen Betrieb die optimale Baumart, standortangepasst gefunden werden könne. Wichtig und richtig sei es – das sei auch für die Koalitionsfraktionen nicht verhandelbar –, dass am Ende der Waldeigentümer darüber entscheide, was er anpflanze. Er werde beraten, er werde in bestimmten Bereichen gefördert. Die Entscheidung, die Verantwortung liege beim Eigentümer. Daran sollte man auch festhalten. Das werde auch von der Mehrheit getragen.

Er habe noch eine Frage zum Thema „Task Force“ bzw. wie sich im Moment der Markt entwickle. Es seien große Mengen an Holz vorhanden. Auf der anderen Seite höre er, dass auch sehr viel abfließe. Es fließe mehr ab als in normalen Jahren. Auch bei Kyrill habe man viel Energie darauf verwendet, Nasslagerplätze zu finden. Viele seien gar nicht in Anspruch genommen worden. In seinem eigenen Wahlkreis habe man mit viel Aufwand versucht, einen solchen Platz einzurichten. Am Ende habe da kein einziger Baum gelegen. Die Frage sei, wie einerseits der Anfall von Holz und andererseits

die Möglichkeit, wie es abfließe, von der Task Force nachvollzogen werde. Er frage, ob man tatsächlich Nasslagerplätze in diesem Umfang benötige.

Herr Kaiser habe die Trockenlagerplätze angesprochen. Sie hätten eine andere Funktion. Ihn würde interessieren, wie da die Beobachtungen seien. Es könne sein, dass es im Land sehr unterschiedlich sei. Vielleicht gebe es dazu auch Auskünfte. Er habe den Eindruck nach Berichten, die ihn erreicht hätten, dass relativ viel Holz nach China gehe. Die Grünen hätten sicher nichts dagegen. Er würde sich freuen, wenn sie auch beim Schweinefleisch nichts dagegen hätten, wenn das nach China gehe oder bei Pkws. Es sei manchmal gar nicht so schlecht, wenn man auch Produkte über den Weltmarkt absetzen könne, weil das den Beteiligten Vorteile bringe. Er bitte Herrn Kaiser, dazu Stellung zu nehmen.

Ein kurzer Hinweis: 1 Million Euro hätten die Koalitionsfraktionen beantragt. Das sei auch im Haushalt beschlossen. Er frage, ob gewährleistet sei, dass die 1 Million Euro auch tatsächlich zur Verfügung gestellt werde.

**Dr. Christian Blex (AfD)** widerspricht dem Vorredner. Anscheinend höre er nicht zu. Niemand von der AfD werde ein naturgegebenes Faktum, dass sich das durchschnittliche Wetter in den letzten 30 Jahren geändert habe, bestreiten. Es habe sich nämlich immer geändert. Solange die Erde existiere, habe sich das Klima auf der Erde geändert, ständig.

Es habe eine Eiszeit gegeben. Auch da habe es Wald gegeben.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Aber doch nicht mit der Geschwindigkeit!)

– Das sei Unsinn. Er würde ihm anraten, einmal einen Vortrag von ihm zu hören über die Klimaereignisse der letzten Jahre. Er sei einfach gehalten, das würde auch Herr Deppe verstehen. Es wäre gut, sich der Faktenlage zu stellen. Es habe immer Wald in Europa gegeben, auch zuzeiten der Eiszeit vor 10.000 Jahren. In Österreich tauchten unter Gletschern 4.000 Jahre alte Baumstümpfe auf. Der Grund sei, dass die Baumgrenze offensichtlich vor 4.000 Jahren deutlich höher gelegen habe, weil es wärmer gewesen sei. Als die Römer in ihren Rößchen versucht hätten, Germanien zu erobern, sei es auch wärmer gewesen, als es heute der Fall sei. Es täte ganz gut, wenn man da keine Fake News verbreiten würde.

Es gebe übrigens keinerlei Anzeichen, die auf eine ungewöhnliche Wetterveränderung hindeuteten. Nichts sei ungewöhnlich, wenn man sich die vergangenen Trends anschau. Es sei weder besonders schnell noch besonders heftig. Niemand wisse übrigens, wohin es gehe.

Zu dem Besorgniserregenden: Im Februar habe man die Menschen in der Eisdiele gesehen. Sie seien froh gewesen, dass sie nach dem schäbigen Wetter ein Eis im Freien essen konnten. Sie wirkten nicht sonderlich besorgt. Sie wirkten allerdings heute besorgt, wenn sie sich bei dem „wunderschönen“ Wetter draußen nicht in die Eisdiele setzen könnten. Das nerve die Leute.

Wie das mit dem Borkenkäfer, einer Monokultur aussehe, sei eine ganz andere Geschichte. Inwieweit die Fichte sturmresistent sei, sei auch eine andere Geschichte. Es gebe überhaupt keine Anzeichen dafür, dass die Sturmhäufigkeit – man schaue sich die Statistiken an – in irgendeiner Form zugenommen habe. Das sei nicht wahr. Es gebe nicht mehr Stürme in Mitteleuropa, als es in den letzten 200 Jahre im Durchschnitt gegeben habe. Er wisse auch nicht, wie man auf diese Behauptung komme. Früher habe es nicht so viele Fichtenmonokulturen gegeben, die seien dann eben auch nicht umgefallen. Die Behauptung aufzustellen, es gebe mehr Stürme, seien Fake News. Das Ganze sei falsch.

Nun gehe das Ministerium davon aus, dass es trockener würde, dass es mehr Stürme gebe. Er frage, wie es zu dieser Aussage komme. Es sei doch eher davon auszugehen, dass es in Mitteleuropa kälter werde, was für die Vegetationsphase schlimm wäre. Er wisse nicht, wie man zu der Aussage komme, dass es mehr Stürme geben sollte und dass es trockener werde. Beides werde durch die langjährigen Klimaschwankungen in Europa überhaupt nicht gedeckt.

**MDgt Hubert Kaiser (MUNLV)** gibt an, die Sitzungen der Task Force hätten immer eine sehr ähnliche Struktur. Man gleiche die Daten miteinander ab. Die verschiedenen Besitzarten, die vertreten seien, sollten einheitlich informiert werden. Andererseits brauche man auch das Feedback dieser Besitzarten, um ein zutreffendes Bild abgeben zu können. Da gehe es immer darum, wie viel Holz vermarktet worden sei, was im Moment abfließe, welche Sortiment Probleme darstellten, wie die Erwartungshaltung der Aufarbeitung sei, welche Aufarbeitungskapazitäten zur Verfügung stünden etc. Diese Bilanzierung finde jedes Mal statt. Das führe im Übrigen auch dazu, dass die Leute, die daraus gingen, alle mit den gleichen Zahlen operierten. Es sei wichtig, dass die Dinge nicht zerredet würden.

Es treffe zu, dass der Export an den Stellen anlaufe, wo es notwendig sei, Massen hinauszubringen. Die Sägewerke seien da nicht mehr aufnahmefähig. Dr. Joosten werde gleich noch etwas zum Holzmarkt sagen.

Zum Thema „Nasslager“: Das Thema „Nasslager“ werde jetzt mittelfristig angegangen. Es sei nichts, was am nächsten Tag sofort fertig sein könne, weil das viel zu komplex sei aufgrund der Genehmigungslagen, die dafür notwendig seien. Man habe in vielen Fällen – das sei auch die Problematik bei Kyrill – ideale Nasslagerstandorte dort, wo FFH-Gebiete oder Naturschutzgebiete seien, wo Gewässer im Mittelgebirge seien. Deswegen werde der Prozess – eher das abgeschlossen werden könne und man ein Netz gefunden habe, was dauerhaft genehmigungsfähig sei – noch Zeit in Anspruch nehmen. Man werde das pilothaft im HSK abschließen und dann ausweiten.

Dann müsse man sich überlegen, ob man Geld im Rahmen der Fördermittel habe, um bestimmte Plätze zu sichern. Es könne sei, dass man Plätze finde, die zum Beispiel im kleinen Privatwald lägen, der mit Sicherheit kein Nasslager betreiben werde. Es stelle sich die Frage, ob man dann möglicherweise im Wege der Vorsorge, weil man erwarte, dass man häufiger mit Käferkalamitäten und Sturm zu tun haben werde, eine gewisse Vorsorge treffe. Da müsse man gucken, wer das mache. Das werde man auch

mit den anderen Waldbesitzern diskutieren. Man dürfe auch nicht vergessen, es gebe auch knapp 180.000 Hektar Privatwald in wirklich großen Betrieben, die auch eigenbetriebliche Vorsorge betrieben bis hin zu den Sägewerken, die das für ihre Betriebe bezüglich der Lagerkapazitäten auch machten. Es müsse alles sauber ineinandergreifen.

Bei Kyrill habe man auch gelernt – das sei ziert worden –, man könne nicht einfach beliebig viele Nasslagerplätze bauen und glauben, damit wäre man dann fertig. Es gehe auch darum, dass man nachher einen Betreiber und einen Eigentümer habe, der dauerhaft die Einsatzfähigkeit gewährleiste. Der Grund sei, dass man glaube, dass man längerfristig mit diesen Themen befasst sei, einmal wegen der Borkenkäfergeschichten und andererseits wegen Sturmfolgen.

Dann sei nach der Million Euro gefragt worden, die das Parlament dankenswerterweise zur Verfügung gestellt habe. Die 1,2 Millionen Euro, die in die Ersthilfe gegangen seien, seien zu 1,1 Millionen Euro gezeichnet – das habe die Ministerin gesagt. Das heiße, dafür gebe es Anträge. Wie das im Fördergeschehen so sei, so müssten die Mittel auch abfließen. Das heiße, es müsse kontrolliert werden, ob die entsprechenden Verwendungsnachweise vorlägen. Dann werde dieses Geld abfließen. Damit sei jetzt auch der richtige Zeitpunkt, diese Mittel zu verstärken, um weiteren Anträgen Raum zu geben. Die Ministerin habe auch gesagt, das mache man im Moment gerade, um den Waldbesitzern zu signalisieren, dass man da weiterhelfe. Im Rahmen der Richtlinie Extremwetterereignisse gebe es noch Veränderungen, die den Mittelabfluss beeinflussen würden, wie eine Aufarbeitungsbeihilfe, die aber dann nur für zukünftige Mengen in Betracht komme.

**Ministerialrat Dr. Rainer Joosten (MUNLV)** führt aus, in der Tat sei es so, dass derzeit deutlich mehr Holz anfalle, als von den Sägewerkern aufgenommen werde. Allerdings bemühten sich die Sägewerker auch in Nordrhein-Westfalen, nach Kräften die Kapazitäten hochzufahren. Das sei teilweise schon gelungen. Es würden teilweise 20 % bis 25 % mehr Holz gesägt. Kapazitäten würden zum Teil ausgebaut. Letztendlich werde das aber nicht dazu führen, dass alles Holz aus Nordrhein-Westfalen aufgenommen werde. Da seien auch aus den benachbarten Bundesländern sehr viel Mengen konkurrierende Holzmarktmengen unterwegs, weswegen auch nach China Exportwege derzeit aufgebaut würden.

Das sei eigentlich nicht das, was man anstrebe. Holzwirtschaftlich gesehen sei es schlecht, dass eine Industrienation ihre Rohstoffe im Prinzip exportiere. Das sei aber immer noch besser, als wenn es im Wald vergammeln würde. Die Preise seien gesunken. Für gutes frisches Holz gebe es immerhin noch 55 Euro, für käferbefallenes Holz gebe es deutlich geringere Preise, die gingen bis unter 40 Euro. Da bewege man sich irgendwann in einer Größenordnung, bei der sich der Waldbesitzer frage, ob sich das Ganze für ihn noch lohne. Denn er habe 20 bis 30 Euro an Holzaufarbeitungskosten tatsächlich zu tragen. Das sei die Situation insgesamt.

In der Task Force sei man nicht nur mit den Waldbesitzern, sondern auch mit den Sägewerkern zusammen. Er habe es in einer Krisensituation noch nicht erlebt, dass

man so gut und konstruktiv zusammenarbeite, dass man Lagerplätze in Kooperation aufbaue und ganz offen über die Möglichkeiten kommuniziere.

Die Nasslagerplätze würden bei den Käfern allerdings nicht wirklich helfen. Käferholz, das nass eingelagert werde, werde von den Sägewerkern nicht abgenommen. Sie wollten es nicht, weil sich das qualitativ in der Regel verschlechtere. Wenn gleichzeitig absehbar sei, dass man auch in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viel Holz anfall haben werde, sei die Motivation, das auch noch für schlechtere Zeiten einzulagern, deutlich geringer als nach einem plötzlichen Sturmereignis, wo man dann einen Riesenberg an Holz habe, während man in den nächsten Jahren nichts mehr habe. Das werde sich so nicht wiederholen. Man werde in den nächsten Jahren mit einem deutlich erhöhten Einschlag rechnen müssen, was dazu führe, dass die Lager insgesamt kritischer zu bewerten seien. Sie seien für gesundes Holz eine Möglichkeit, jedoch sei das meiste Holz, das durch Eberhard gefallen sei, auch vom Käfer befallen. Das nütze insofern nicht. Dort, wo es sinnvoll sei, würden die gerade derzeit eingerichtet. Das Konzept werde erstellt.

Bezüglich der entrindeten Stämme müsse er sagen, noch heute habe ihm ein größerer Waldbesitzer aus dem Kommunalbereich in Ostwestfalen gesagt, dass das Holz, was er teuer entrindet hätte, vom Sägewerk nicht aufgenommen werde, weil sie gerne die Innenrinde hätten, weil es dann nicht so hart sei, die Säge schneller laufen könne und sie die Qualität besser einstufen könnten. Da müsse man erkennen, es sei aus Forstschutzgründen sicher sinnvoll, das Holz zu entrinden. Aber man habe anschließend ein Vermarktungsproblem. Insgesamt sei die Lage schwierig. An „Runden Tischen“ werde teilweise Kritik geäußert über unzureichende Finanzmittel oder die Bürokratie bei Fördermitteln. Wenn man konkret frage, was besser gemacht werden könne, dann falle den Leuten nicht wirklich etwas ein, weil keiner diese Lösungen habe, weil es an vielen Fronten an den Kapazitäten hänge. Die seien nicht per Fingerschnipp zu ändern.

Dr. Blex habe gefragt, wie man dazu komme, warum man ständig solche Sachen erfinde: Die Aussagen beruhten im Wesentlichen auf den Daten des Deutschen Wetterdienstes und den Prognosen des Klimainstituts in Potsdam. Das seien die Grundlagen. Nicht verschweigen wolle er, dass es auch da Unsicherheiten gebe und niemand mit Sicherheit sagen könne, ob und in welchen Umfang bestimmte Ereignisse wann auftreten würden. Alle Wahrscheinlichkeiten sprächen dafür, dass man sich mitten in einem anthropogenen Klimawandel befinde.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** legt dar, seine Fraktion akzeptiere, dass das Holz jetzt nach China gehe. Das sei eine Art Entsorgung. Der Preis sei dramatisch schlecht, anders könne man es nicht sagen.

Mit Blick auf das Schweinefleisch wolle er aus dem Bericht der Landesregierung zur Frage „Was bleibt übrig von der NRW-Nutztierhaltungsstrategie?“ einen Satz zitieren:

„Gerade bei tierischen Lebensmitteln ist der internationale Handel kein verlässlicher Partner.“

Von daher könne man sich sehr wohl überlegen, ob es eine gute Strategie sei, sich in den Export zu begeben.

Er habe eine Frage an die Ministerin. Im Rahmen der Dürrehilfe habe der Bauernverband sehr laut aufgeschrien – das möge berechtigt gewesen sein –, 340 Millionen Euro seien ermöglicht worden. Die Frage sei berechtigt, wie das mit dem Bundesministerium seitens der Länderministerien diskutiert werde. Die Zahlen, die aus GAK-Mitteln kämen, seien in Relation dazu ein wenig erbärmlich. Da würden die Waldbauern seitens des Bundes im Stich gelassen, wenn man sehe, welche Schäden da eingetreten seien. Es könne nicht sein, dass man auf der einen Seite 340 Millionen Euro ermögliche und auf der anderen Seite nicht viel komme. Da seien die Waldbauern an der Stelle sehr enttäuscht.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** teilt die Auffassung, was die Verhältnismäßigkeit insofern angehe, dass das, was der Bund bereitstelle, einfach zu wenig sei. Auch die Bereitschaft des Bundes, darüber zu reden, sei anders ausgeprägt, als es bei den Dürrehilfen gewesen sei. Gleich komme man noch zu dem Thema. Man habe bei den Dürrehilfen regelmäßige Telefonkonferenzen auch mit dem Bund darüber geführt. Dr. Dietzel sei anwesend und könne dazu etwas sagen, wie die Situation aussehe, welche Hilfen tatsächlich benötigt würden.

Bei den Landwirten sei die Situation eine ganz andere, weil sich das hier ganz anders auf die Existenz des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes auswirken könne, als es bei den Waldbesitzern tatsächlich der Fall sei. Gleichwohl nehme die Landesregierung das Thema sehr ernst. Deshalb sei die „Task Force Käfer“ eingerichtet worden, deshalb habe das Land 1,2 Millionen Euro als Sofortmaßnahme zur Verfügung gestellt. Man kümmere sich weiter darum, im Gespräch mit den Waldbesitzern – so habe man es auch gemacht bei den Landwirten. Die Landesregierung habe ständig mit den Landwirtschaftsverbänden darüber gesprochen, welche Mittel sie tatsächlich benötigten. Das, was die Landwirte beantragt hätten, entspreche ziemlich genau dem, was vorausgeschätzt worden sei. Man werde in der Tat noch weiter nacharbeiten müssen, das sei keine Frage. Aber die Hilfen für die Waldbesitzer seien völlig anders als das, was man den Landwirten gewährt habe.

Sie sei überhaupt keine Freundin davon nach dem Motto: Wer am lautesten rufe, bekomme das Geld. Sie habe damals die 1 Milliarde Euro, die die Landwirte gefordert hätten, fast schon als unverschämt gefunden. Das sei schon eine heftige Geschichte, wie damals argumentiert worden sei. Sie könne sich an nicht wenige ihrer Landwirtschaftskollegen erinnern, die sehr sauer darüber gewesen seien oder am liebsten gesagt hätten, jetzt würden sie gar nichts geben. Es habe Kollegen gegeben, die das tatsächlich gesagt hätten. Sie sei nicht so weit von Herrn Rütze entfernt. Man werde mit dem Bund weiter intensiv darüber sprechen.

**André Stinka (SPD)** stellt heraus, Frau Blask und er hätten konkrete Fragen gestellt, auch nach Besuchen bei Forstbetriebsgemeinschaften. Wenn man verwundert nachfrage, dass ein Verband plötzlich 16,5 Millionen Euro fordere, dann wisse er nicht, ob

das immer hilfreich sei. Dann sei es doch wohl gestattet, dass man nachhake, wie man in dieser schwierigen Lage, in der sich der Wald befinde, gemeinsam zukünftig vorgehen wolle.

In den Ausführungen sei deutlich gemacht worden, dass bei der Wiederbewaldung auf Grundlage des Waldbaukonzeptes in Kürze ein Bericht vorgelegt werde. Es solle klar werden, in welche Richtung das gehe. Wenn er sich das Waldbaukonzept anschau, dann werde in dem Bericht ausgeführt, dass man mit Broschüren und Hilfestellungen mit den Waldbauern rede. Er frage, ob beim Waldbaukonzept, nachdem man den letzten Sommer erlebt habe, Zieländerungen vorgenommen worden seien, ob sich Ziele ändern würden nach diesem Hitzesommer und ob beispielsweise Zielvorstellungen – Summe X an Laubbäumen – geändert würden, ob andere Baumarten genutzt würden. Der Redner wüsste gerne, ob der letzte Sommer dazu beigetragen habe, dass Änderungen vorgenommen würden, die beispielsweise in der Warnemünder Erklärung aufgeführt seien. Die Ausführungen seien sehr allgemein. Er glaube, dass gerade die Stürme – Herr Kaiser habe es ausgeführt – Grundlage für das Waldbaukonzept gewesen seien. Es sei aber relativ wenig vom Sommer letzten Jahres zu hören. Es sei ja gesagt worden, dass man sich vor dem Hintergrund des Grundwasserstandes Sorgen mache. Er frage, ob es Zielvorstellungen, Zeitpläne gebe und ob die evtl. unter dem Eindruck des vergangenen Sommers eine Änderung erfahren hätten.

**Inge Blask (SPD)** stellt klar, an dem Thema „Waldbaukonzept“ habe sie nicht pauschal Kritik geübt, sondern sie habe konkret nach den Zielvorgaben an der Stelle gefragt, wie es mit dem Mischwald, wie es mit der Fichte aussehe. Sie habe keine Antwort bekommen, ob es da Zielvorgaben im Konzept gebe. Sie frage, wie die Situation heute sei und wie sie 2050 sein solle nach den Vorstellungen des Landes Nordrhein-Westfalen.

**MDgt Hubert Kaiser (MUNLV)** kommt zunächst auf die 16,5 Millionen Euro zu sprechen. Er hätte grob hergeleitet, man brauche etwa eine Schadstoffmenge von 3 Millionen Kubikmetern, um in diese Region mit anderen Fördermaßnahmen zu kommen. Das sei eine der Szenarien gewesen, die im Hintergrund gestanden hätten, als die Waldbesitzer Hochrechnungen gemacht hätten, was sie an Geld fordern wollten. Dass nachher die 16,5 Millionen und nicht 15 Millionen Euro genommen worden seien, sei tatsächlich – so sei es in dem Termin gewesen, er sei dabei gewesen – auch von Herrn Heereman daran festgemacht worden, dass der Käfer fliege und dass er bei minus 16,5 Grad auch absterbe. Er habe die 16,5 Millionen Euro deswegen besonders markant gefunden. Das sei nicht seine Aussage, er erkläre nur, was da abgelaufen sei.

Zur Waldbaurichtlinie: Er habe es vielleicht noch nicht gut genug erklärt. Die Waldbaurichtlinie – das ist eine Beratungsgrundlage – basiere darauf, dass man zu einem Waldbesitzer hingehe und für eine kleinere, größere Fläche aufgrund der Standortbedingungen, der Höhenlage, aller Rahmenbedingungen, die man von dieser Fläche kenne, in eine Matrix einsteige und sage dann, potenziell kämen die und die Baumarten infrage. Dieses Waldbaukonzept berücksichtige erstmalig auch die erwartete

Klimaentwicklung. Das heiße, die Vorschriften, die darin erarbeitet worden seien, berücksichtigten schon die erwartete Klimaerwärmung von 2 Grad. Das sei die Grundlage. Deswegen werde man an vielen Stellen, an denen man früher durchaus hätte Fichte in Betracht ziehen können, keine Empfehlung zur Fichte finden, wenn man darein schaue. Man habe auch bewusst keine Zielbestockungskarte gemacht. Wenn man darein schaue, werde man auch immer Varianten sehen. Das heiße, man habe bestimmte Standorte, für die man mehrere Lösungen anbieten könne, die ein unterschiedliches betriebliches Risiko widerspiegeln. Das müsse der Eigentümer entscheiden. Man müsse sich das vor Ort genau angucken. Man mache Vorschläge. Am Ende sage der Eigentümer, das und das wolle er tun. Das müsse er auch selber verantworten.

Aufgabe des Landes sei eine qualifizierte Beratungsleistung und nicht die Aussage, man mache jetzt eine Karte, so müsste das werden. Das würde nie funktionieren. Das sei auch der falsche Weg. Man habe immer verschiedene Varianten, die würden dargestellt, die Chancen und Risiken würden gegeneinander abgewogen. Dann entscheide der Eigentümer.

Es sei nach dem letzten Sommer gefragt worden, ob der Veränderungen herbeigeführt habe. Der letzte Sommer habe noch einmal nachdenklich gemacht, dieser Prozess habe 3, 4 Jahre gedauert. Da man sich das in Intervallen anschau, müsse man gegebenenfalls nacharbeiten und die Empfehlung korrigieren, vielleicht auch nur bestimmte Stammholzgruppen, weil die anders reagierten als andere. Das werde man selbstverständlich tun. Dafür habe man die Waldbauspezialisten. Es sei mitnichten so, dass ein einmaliges Ereignis einer Drre grundsätzlich alles das infrage stelle, was bezüglich dieser Standorte ausgesagt werde. Das Waldbaukonzept sei in sich schon richtig. Es gehe auch darum, den Waldbesitzern, weil man solche Dinge auch über das Internet anbieten und eine ganze Menge Karten über das Internet anbieten, auch die Möglichkeit zu ffnen, selber darein zu schauen und zu sagen, so etwas komme infrage, wenn er sich selber informieren wolle. Man werde tatsächlich auch noch weitere Borschren auflegen.

**MR Dr. Rainer Joosten (MUNLV)** merkt an, kalamittsbedingt werde jetzt eine Borschre zur Wiederbewaldung herausgegeben, in der in komprimierter Form auf 20 Seiten in Taschenbuchformat Empfehlungen zur Wiederbewaldung gegeben würden. Auch da gebe man keine Zielbestockungen vor. Man gebe die Ziele bewusst nicht vor, weil man auch in der Vergangenheit damit schlechte Erfahrungen gemacht habe, nicht zuletzt im Staatswald, wo es die Fichtenwellen gegeben habe. Es habe bis in die 90er-Jahren noch im Siegerland Forstamtsstempel gegeben, mache Hochwald aus Niederwald. Mit dem Hochwald seien Fichten gemeint gewesen. Das seien heute die Problembaumarten. Insofern setze man auf die Vernunft des Waldbesitzers und seine eigenen Interessen und wolle die Beratungsgrundlagen dafür schaffen.

**Dr. Christian Blex (AfD)** hat eine Frage zum Waldbaukonzept. Herr Kaiser habe eben behauptet, es würde wärmer werden. Er könne also in die Zukunft sehen. Daraufhin



würden Tipps abgegeben. Ein wichtiger Effekt, der unbestritten sei – das habe das Commonwealth Scientific and Research Institute festgestellt, das habe die Chinesische Akademie der Wissenschaften 2016 entsprechend veröffentlicht –, sei jedem Gärtner bekannt, dass Pflanzen bei höherer CO<sub>2</sub>-Konzentration, dem Dreifachen des tatsächlichen heutigen Wertes, das sei in Gewächshäusern üblich, ein deutlich verstärktes Wachstum zeigten. Es gebe den Greening-Effekt, der von den beiden genannten Organisationen angesprochen werde.

In den letzten 30 Jahren sei eine Fläche zweimal so groß wie die USA grün geworden auf der Welt, davon seien 70 % auf die zusätzliche CO<sub>2</sub>-Düngung zurückzuführen. CO<sub>2</sub> führe dazu, dass die Wasserverdunstung der Pflanze sinke und damit auch ein möglicher Dürresommer, der vorhergesagt werde für die Zukunft, von den Pflanzen besser verdaut werden könne, überlebt werden könne. Er frage, inwieweit die CO<sub>2</sub>-Düngung in den Überlegungen betrachtet worden sei.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** kommt auf die Aussage der Ministerin zurück, wonach die akuten Auswirkungen in der Landwirtschaft größer gewesen seien. Bezogen auf das einzelne Jahr, habe die Ministerin vielleicht recht, weil der Waldbauer vielleicht sogar viel höhere Einnahmen habe. Ober er damit viel anfangen könne, sei etwas anderes im Verhältnis zu dem Aufwand, den er betreiben müsse. Er frage, wie die langfristige Perspektive aussehe. Da würde ihn eine Einschätzung interessieren.

Man müsse es vergleichen. Ein Landwirt wäre, wenn er 100 Kühe habe und der halbe Kuhstall brenne ab, weg, wenn er nicht versichert wäre. Als Waldbesitzer könne man sich dagegen nicht versichern, dass man vom Borkenkäfer betroffen sei. Der Landwirt müsse auch damit rechnen, dass er keinen Kuhstall wiederaufbauen dürfte. Da müsse er sehen, dass er mit seinen 50 Kühen über die Runden komme in den nächsten 20, 30 Jahren. Das wäre ein Vergleich. Die Frage sei, wie die Lage bei den betroffenen Waldbesitzern aussehe, wie sie ihre Perspektive sähen. Wenn er sich mit denen unterhalte, dann merke er, dass sie verzweifelt seien. Er habe am Anfang gefragt, inwieweit man Ersatzleistungen z. B. durch Windkraftanlagen ermöglichen sollte, damit sie auch das Kapital erwirtschaften könnten, um den Wald umzubauen. Von irgendetwas müssten sie ja leben.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** hält fest, Herr Rüße komme jetzt zum Kern des Themas, nämlich die Nutzung von Windkraft im Wald. Das sei auch an sie herangetragen worden. Waldbesitzer sagten, dass sie jetzt die Chance haben müssten, Windkraftanlagen im Wald tatsächlich zu bauen. Die Landesregierung habe sich sehr stark anders dazu geäußert. Deshalb sei das aktuell kein Thema, hier besonders aktiv zu werden. Sie sage das ganz offen, weil sie auch auf die Kollegen in den anderen Häusern, die das entschieden hätten, zurückgreifen müsse.

Der Vergleich stimme nicht ganz. Der Landwirt, der in einem Jahr seine 100 Kühe verliere und der nicht versichert sei, sei schon in einer etwas anderen Situation als der Waldbesitzer, der eine gute Chance habe, wieder mit einem vernünftigen Waldbaukonzept aufzubauen. Das Waldbaukonzept sei eben diskutiert worden. Es gehe schon

in die richtige Richtung, denn das Ziel sei – das könne man bei den Waldbesitzern wesentlich besser erreichen, auch über einen Langzeitraum hinweg –, dass man Mischwälder so habe, dass solche Situationen, wie man sie jetzt erlebt habe, mit Sturm, mit Dürre, mit Borkenkäfern nicht mehr diese verwirrenden Auswirkungen hätte. Es gehe jetzt darum, eine akute Hilfestellung zu leisten. Im Übrigen habe man anders als bei den Landwirten die Prosperitätsgrenze bei den Waldbesitzern aufgehoben, weil man genau wisse, dass da auch noch andere Einkommen zur Verfügung stünden.

Sie müsse einen Blick zur SPD werfen, ob das unter Gerechtigkeitsaspekten aus der Richtung tatsächlich so richtig sei. Man könne in der Zukunft hier besser eingreifen, als man es bei den Landwirten tatsächlich könne.

**MDgt Hubert Kaiser (MUNLV)** kommt auf die langfristige Perspektive zu sprechen. Bei der langfristigen Perspektive sei es so, dass das ein gleitender Prozess sei. Normalerweise habe man außer bei kleinen Waldbesitzern, bei denen die betriebswirtschaftliche Komponente nicht die Rolle spiele – trotzdem sei es im Gesamtgefüge wichtig –, die Situation, dass Betriebe mittel- und langfristige Planungen machten. Das machten sie im Rahmen von Forsteinrichtungen, die aufgrund des Waldbaukonzeptes jetzt angepasst würden.

Wenn sie merken würden, dass sie eine „Ertragsdelle“ bekäme, weil die Fichte vorzeitig ausscheide, die bisher der Haupteinkommensfaktor im Betriebs gewesen sei, dann habe ein Forstbetrieb das gleiche Problem wie alle anderen Betriebe, die solche Ertragsstellen hätten, wenn sie umstrukturieren müssten. Das sei bekannt. Man könne auch hoffen, dass man sich nicht von allen Fichten in den nächsten 20 Jahren verabschieden müsse, dass man noch über einen längeren Zeitraum die Fichtenvorräte strecken könne, um den Umbauprozess zu begleiten. Das sei das, was man versuche zu schaffen. Die Nadelholzvorräte, die heute in der Fichte seien, sollten möglichst lange dem heimischen Markt zur Verfügung gestellt werden – Export sei nicht der Wunsch –, um sie dann durch Baumarten, die unter den gegenwärtigen Klimabedingungen nicht hochgradig durch Trockenschäden gefährdet seien, zu ersetzen.

Dann komme die Diskussion, die man kenne, zwischen dem Einsatz von richtigen Herkünften heimischer Baumarten im Komplex mit anderen Baumarten, die als bewährt angesehen würden, um auch einen Nadelholzanteil aus betriebswirtschaftlicher Sicht, gerade im Privatwald zu haben. Die Diskussion wolle er nicht noch einmal aufmachen. Das sei eben ergänzt worden um Erträge aus der Windenergie.

Bei einem großen Betrieb sei der Blick darauf zu lenken, ob der Betrieb davon leben könne oder ob er komplett umstrukturieren müsse, möglicherweise in Zukunft anders handeln müsse. Wenn man jetzt auf Standorten sei, die in Zukunft ertragschwächer würden, weil die Produktion aufgrund der Wärme und niedrigerer Niederschläge runtergehe, dann sei das nicht einfach dadurch zu kompensieren, dass man nur andere Baumarten nehme. Das werde ein komplexes Problem. Das könne man jetzt schon sehen. Es sei nun einmal Aufgabe, die bestmögliche Lösung für die Leute zu finden.

Herr Blex habe den Greeningeffekt und CO<sub>2</sub>-Konzentrationen angesprochen. Nach dem, was man beobachte und was die Klimainstitute weltweit, auch über das IPCC-Pendel veröffentlichten, gebe es sogenannte Mindermeinungen und Majoritätsmeinungen. Das sei in der Wissenschaft immer so. Die Landesregierung richte sich nach der Majoritätsmeinung und habe Vorsorge dafür getroffen, dass man im Rahmen der Empfehlungen diese Majoritätsmeinung abbilde.

Es sei aber auch nicht so, dass andere Entwicklungen völlig ausgeblendet würden. Er nenne ein Beispiel. Klimaforscher sagten zurzeit, durch die Veränderung im Jet-Stream könne es auch dazu kommen, dass man im Winter sehr kalte Phasen bekomme. Das heiÙe, man müsse zum Beispiel bei den Empfehlungen berücksichtigen, dass Baumarten auch solche Phasen durchstünden. Es sei die Aufgabe, solche Dinge im Komplex zu bewerten und sinnvolle Empfehlungen zu geben, nicht mehr und nicht weniger. Der Risiken, die ein Waldbesitzer eingeehe oder nicht, müsse er sich bewusst sein. Man versuche, es so darzustellen, dass auch ein Nicht-Forstwissenschaftler begreife, was er dann tue. Am Ende stehe die Eigentümerentscheidung.

**Jochen Ritter (CDU)** führt aus, Diversifizieren sei das Stichwort. Wenn der Bauer, dem der Stall abrenne, die Kühe wieder durch Kühe ersetze, könne es schwierig werden. Wenn man Teile der Fichte vielleicht durch andere Baumarten ersetze, dann sei das Risiko verteilt. Er erlebe die Forstverwaltung, so wie Herr Kaiser es beschrieben habe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zögen wie ein Handlungsreisender mit dem Waldbaukonzept und mit den Handreichungen, die erstellt worden seien, über Land und würden individuell beraten, was zu tun und was zu lassen sei. Damit versetzen sie die Waldbesitzer in eine gute Lage, für die Zukunft vorzubauen.

Zu den 16,5 Millionen Euro: Es sei nicht nur so, dass Herr Heereman irgendwann die Zahl schön gefunden habe, weil der Käfer dann fliege, sondern er könne diese Zahl auch mit Aufwand unterlegen, der auf die Waldbauern zukomme. Er komme mit dieser Rechnung in die Nähe der 16,5 Millionen Euro und habe daraus die griffige Formel gemacht. Das habe Hand und Fuß, sei aber zugegebenermaßen kampagnenmäßig nicht schlecht gemacht.

## 11 Sachstand zum Fortschritt der Bekämpfung von unerlaubten Gülleimporten nach Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1998

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die CDU-Fraktion und die Fraktion der FDP hätten mit Schreiben vom 29. April 2019 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/1998 übersandt worden sei.

**Wilhelm Korth (CDU)** erklärt, er nehme den Bericht wohlwollend zur Kenntnis, obwohl man sagen müsse, dass mit dem Bericht das Problem noch nicht aus der Welt sei.

Aus dem Bericht gehe hervor, dass das Land auf einem sehr guten Weg sei und dass sich auch aufgrund der Öffentlichkeit die Mengen deutlich reduziert hätten, die über die Grenze nach Deutschland kämen. Es gebe noch eine Menge Arbeit, die vor einem liege. Er könne nur darum bitten, da nicht nachzulassen. Es habe schon erste Strafzahlungen gegeben. Die Branche draußen sei mehr als sensibilisiert, äußerst vorsichtig vorzugehen. Wenn man in Zukunft über das nitratbelastete Grundwasser spreche, sei es sehr wichtig, dass man wisse, wie viel Gülle auf welche Flächen ausgebracht werden könnten.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** bedankt sich für den Bericht. In der Tat sei es eine erfreuliche Entwicklung, die dadurch perspektivisch gefördert werde, wenn der rechtliche Rahmen in den Niederlanden und Deutschland ähnlich sei. Er verweise auf das Problem der Sperrfristen, die in Deutschland länger gewesen seien, sodass man als niederländischer Bauer durchaus ein Interesse daran gehabt habe, dass auch zu nutzen und sich dadurch Ausdüngungsflächen in Deutschland beschafft habe, um weniger Lagerraum in den Niederlanden zu brauchen.

Dieses ganze System koste Geld. Er frage, wie das funktioniere, ob die Landwirte, die in das System meldeten, pro Meldung eine Gebühr bezahlen müssten, dass das gegenfinanziert werde, oder ob das Land auf den Kosten indirekt hängenbleibe, weil es über die Landwirtschaftskammer laufe. Er frage, ob dieses System vom Steuerzahler zu finanzieren sei.

**André Stinka (SPD)** kommt auf die rechtlichen Grundlagen zu sprechen. Man werde Datenabgleiche haben müssen beispielsweise zwischen dem LANUV und der Landwirtschaftskammer. Er frage, inwieweit da Vorbereitungen getroffen worden seien. Da müsse man nicht auf die neue Düngeverordnung warten, sondern könne jetzt schon Grundlagen legen, sodass der Datenabgleich, der entscheidend sei, gerade hier in Nordrhein-Westfalen stattfinde. Dass zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen Übereinkünfte getroffen worden seien, sei gut. Trotzdem müsse zwischen Landwirtschaftskammer, dem LANUV und den zuständigen Behörden ein Datenaustausch stattfinden. Er frage, ob dafür die rechtlichen Grundlagen schon geschaffen

seien, und warum die Düngeverordnung so notwendig sei, die erst 2020 in Kraft trete, um die rechtlichen Grundlagen zu schaffen.

**Regierungsbeschäftigter Dr. Jan Dietzel (MUNLV)** kommt zunächst auf die Kosten zu sprechen. Das System sei Teil der Kontrolle des Fachrechts. Die Kontrolle des Fachrechts zahle wie in anderen Bereichen auch letztendlich der Steuerzahler. Dem Landesbeauftragten würden die Mittel zur Verfügung gestellt, damit das System entwickelt werden könne.

Die Systeme zum Datenabgleich würden im Moment aufgebaut. Es sei ein System, an das die Niederlande, Nordrhein-Westfalen, aber auch anderen Bundesländer wie Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, die bereits eine Datenbank zur Kontrolle der Verbringung von Wirtschaftsdünger zwischen einzelnen Betrieben aufgebaut hätten, angeschlossen werden sollten. Das werde eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Es werde zurzeit aufgebaut. Innerhalb von Nordrhein-Westfalen habe man bereits die Wirtschaftsdüngerverbringungsverordnung. Da laufe der Datenabgleich schon.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** meint, wenn man sich den Datenabgleich anschau, stelle man fest, dass erhebliche Mengen fehlten. Das mache das Problem deutlich. Umso dankbarer sei er dem Hause, dass man es mit dieser Intensität angehe. Denn die Frage, wer das Ganze nachher zahle, könne man nachher auch in Stickstoffäquivalent umrechnen und überlegen, wo es denn bleibe. Das sei eine zweifache Frage. Er sei dankbar, dass es jetzt mit dieser Konsequenz angegangen werde.

## 12 Welche Pläne hat die Landesregierung zur Umsetzung der neuen Düngeverordnung?

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2001

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die SPD-Fraktion habe mit Schreiben vom 3. April dieses Jahres um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/2001 übersandt worden sei.

**André Stinka (SPD)** bedankt sich für den Bericht. Der Landtag beschäftige sich seit über zwei Jahren mit den Fragen der Düngeverordnung. In vielen Plenarrunden und Ausschusssitzungen habe die SPD-Fraktion darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen, die die Landesregierung seit Beginn ihrer Amtseinführung im Bereich des Düngerechts vornehme, nicht ausgereicht hätten. Nun habe man von der EU-Ebene den Hinweis bekommen, dass man damit recht gehabt habe. Dem vorliegenden Bericht seien nach wie vor keine Zielvorstellungen zu entnehmen, wie gerade in den Gebieten, die besondere Belastungen aufwiesen, langfristig der Strukturwandel begleitet werden solle und wie hier für Landwirtinnen und Landwirte Rechtssicherheit geschaffen werden solle.

Selbst im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ gebe es viele Artikel dazu, die von einem großen Strukturwandel sprechen, was die Viehbestandszahlen, was die Verbringung von Gülle angehe. Wenn man sich den Bericht anschau, finde man keine Aussagen, ob es neue Ansätze innerhalb der GAP-Verhandlungen gebe. Es würden keine Angaben über einen Zeitstrahl gemacht, welche Zielvorstellungen die Landesregierung habe, um den engen Zeitplan, der in dem Bericht auch dargestellt werde, einhalten zu können.

Die Maßnahmen im 7-Punkte-Plan, den Frau Klöckner und Frau Heinen-Esser vorgelegt hätten, enthielten auch keine Zeitvorstellungen. Die Maßnahmen seien nach wie vor nach Einschätzung der SPD-Fraktion zu schwach und ließen gerade die Landwirte in diesem schwierigen Prozess im Regen stehen. Er hätte gerne klarere Aussagen, über welche Punkte man rede und ob die Landesregierung der Auffassung sei, dass man beim nächsten Mal Rechtssicherheit erleben werde und ob dieser ambitionierte Zeitplan auch einzuhalten sei.

**Norwich Rübe (GRÜNE)** hält fest, über einige Verschärfungen werde debattiert. Er frage, inwieweit die Vorbelastungen mit Stickstoffemissionen aus der Luft, die in Regionen mit intensiver Tierhaltung schon bei 40, 50, 60 kg liegen könnten, düngerrelevant seien und inwieweit das in der Debatte aufgegriffen werde.

Wenn man darüber diskutiere, ob man 20 % Abstriche bei der Düngung mache, gleichzeitig aber in solchen Regionen darüber spreche, statt 230 kg Stickstoff 200 kg Stickstoff zu düngen, wenn man gleichzeitig solche Faktoren völlig außen vor lasse, dann sei er schon überrascht.

Der andere Punkt: Grundsätzlich finde er es gut zu sagen, das betriebsbezogen, wenn man schon diese Minderung diskutiere – das tauche in dem Bericht auf –, nicht schlagbezogen zu machen, weil es einfacher zu handhaben sei. Auf der anderen Seite gehe es darum, ob man eine Qualität erhalten könne. Mit Blick auf Einträge von Nitrat in Grundwasser werde das wiederum konterkariert, dass man dann sage, auf der einen Fläche lasse man die optimale Düngung zu im Sinne von Ertrag, wisse aber gleichzeitig, dass Witterung usw. Unsicherheitsfaktoren seien, bei denen es dann zu den Einträgen kommen könne. Das werde nicht kompensiert, wenn man dann auf einem anderen Schlag weniger dünge. Da sei ihm die Logik in puncto Sicherheit des Grundwassers nicht klar. Betrieblich gesehen, halte er das Vorgehen für richtig, um es den Landwirten möglichst einfach zu machen. Mit Blick auf Grundwasserschutz wäre es aus seiner Sicht kontraproduktiv.

**Bianca Winkelmann (CDU)** betont, man befinde sich noch mitten in der Debatte. Da gehe es um die Stickstoffgehalte aus tierischer Produktion. Da spreche man von 170 kg und nicht von 230 kg. Das müsse man differenzieren.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist falsch, was Sie da sagen. Sie müssen nicht 170 kg auf 20 % rechnen, sondern Sie müssen den berechneten Düngewert für die Kultur zugrunde legen. Sie düngen ja auch oberhalb der 170 kg.)

– Unter dem Strich dürfe das der Betrieb schon länger nicht mehr. Im Rahmen des Nährstoffvergleichs sei längst festgestellt worden, dass es nicht so sei.

Herr Stinka habe das Zeitfenster angesprochen. Aus dem Bericht gehe das Zeitfenster hervor, denn das seien teilweise die Vorgaben, die die EU vorgebe. Ab Juni 2019: Strategische Umweltprüfung zum Entwurf der Novelle der Düngeverordnung, Herbst 2019: Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission, Februar 2020: Zuleitung an den Bundesrat und im Mai 2020: Inkrafttreten der Verordnung. Der Zeitstrahl sei letzten Endes schon gegeben. Auch im Land Nordrhein-Westfalen werde man die Entwicklung, die teilweise über die EU gesteuert sei, mit begleiten und mit beurteilen.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** verweist auf den Zeitstrahl, der im Bericht zu finden sei. Im Moment gebe es weitere Gespräche zwischen Bundesregierung und EU-Kommission. Dann solle es eine Länder- und Verbändeanhörung geben. Dann kämen die weiteren Schritte einschließlich Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission, im Mai 2020 trete die Verordnung in Kraft. Im Nachgang dazu werde die Landesregierung die Landesverordnung anpassen müssen, sodass die Haupt-Inkraftsetzungsschritte im Jahr 2020 erfolgen würden.

Es sei bekannt gewesen, dass die alte Düngeverordnung „auf Kante“ genäht gewesen sei. Es sei ein irrelanger Prozess. Der habe schon begonnen, als sie noch Mitglied des Deutschen Bundestages gewesen sei. Das sei eine gefühlte Ewigkeit her. Fünf Jahre lang sei die Düngeverordnung verhandelt worden. Das sei kein Ruhmesblatt sowohl vonseiten der Politik als auch vonseiten der Verbände, weil deutlicher Lobbyismus dahin gehend betrieben worden sei, dass es nicht zu scharf zu machen sei. Es sei dann

so gemacht worden, wie es gemacht worden sei. Man habe jetzt erlebt, dass viele Landwirte schon im Zuge dieser neuen Düngeverordnung ganz erhebliche Probleme hätten. In all dies sei jetzt die neue Diskussion hineingeplatzt. Man gehe sehr vorsichtig damit um. Auch der 7-Punkte-Plan sei ein vorsichtiger Plan. Es dürfe jetzt auch als übergeordnetes Ziel nicht passieren, dass in einer ohnehin für die Landwirtschaft schwierigen Situation das der Tropfen sei, der das Fass zum Überlaufen bringe. Das heiße, man müsse vermeiden, dass Leute, wenn Betriebsübergaben anstünden, die Brocken hinwerfen und sagen würden, sie machten nicht mehr mit. Sie habe Sorge um die Struktur, die man in Nordrhein-Westfalen in der Landwirtschaft habe, wenn man hier deutlich herangehe.

Auf der anderen Seite sei das Thema „Wasser“ ein sehr starkes Thema. Die Wasserverbände seien sehr eindringlich dabei. Jetzt sei man in der Situation, dass man nur Annahmen über die Wirkung der Düngeverordnung, die seit dem letzten Jahr in Kraft sei, treffen könne.

Im Mai/Juni werde es harte Diskussionen geben, in welche Richtung es gehen werde. Es werde in Nordrhein-Westfalen versucht, die Waage zu halten, um möglichst viele Betriebe an Bord zu halten. Gleichzeitig werde über das Thema „Nutztierhaltungsstrategie“ gesprochen. Das Thema stehe auch in engem Kontext damit. Es sei zu fragen, wohin die Nutztierhaltung in Nordrhein-Westfalen tatsächlich hin solle, wie man sich das vorstelle. Das habe auch etwas mit der Beziehung zwischen Fläche und Tierhaltung im Endeffekt zu tun.

**RBer Dr. Jan Dietzel (MUNLV)** führt aus, man müsse über kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen sprechen. Die Bundesländer hätten die Bundesregierung stark kritisiert, dass sie ohne Abstimmung in Brüssel gewesen sei und dort Maßnahmen vereinbart habe, die keines der Bundesländer vorher gekannt habe. Die dünne Informationspolitik seitens des Bundes sei aufgelöst. Seitdem sich die Länder deutlich zu Wort gemeldet hätten, funktioniere das ausgesprochen gut. Vor 14 Tagen seien die Länderreferenten in Bonn gewesen. Am 16. Mai werde auf Abteilungsleitersebene eine weitere Sitzung des Bundes stattfinden. Das gehe teilweise sehr eng über Telefonkonferenzen der Bundesministerin direkt mit den Landesregierungen, sodass er sagen könne, dass man jetzt gut und eng eingebunden in die Maßnahmen.

Kurzfristig sehe es die Landesregierung als ihre Aufgabe an, die gesetzten Ziele – sie seien bei der Kommission inzwischen gesetzt, da werde sich auch nicht mehr viel ändern – für die Landwirtschaft händelbar zu machen. Da gehöre auch hinein, dass die Landesregierung sage, dass man die 20 % jetzt nicht schlagbezogen mache, damit es nicht bei einigen Kulturen zur Minderversorgung und damit zu Vermarktungsschwierigkeiten komme, sondern dass man eine betriebsbezogene Betrachtung vornehme. Auf den Einwand, dass das möglicherweise an einzelnen Stellen den Erfolg nicht so bringe, wie sich das vielleicht die Kommission denke, würde er entgegen, die 20 % als solches würden auch kritisiert. Da sei zu fragen, ob es sinnvoll sei, Pflanzen 20 % unter Bedarf zu versorgen und damit einen spürbaren Einfluss auf das Grundwasser



zu erzielen. Selbst das werde schon kritisiert. Es werde ein Kompromiss gesucht zwischen den erforderlichen und den für die Betriebe leistbaren Möglichkeiten. Das wäre kurzfristig.

Mittelfristig müsse man schauen – er verweise noch einmal auf das 7-Punkte-Programm –, dass man die Maßnahmen, die es gebe, für die Landwirte verstärkt anwendbar mache. Wenn man engere Sperrzeiten habe, müsse es Möglichkeiten geben, Lagermöglichkeiten auszubauen, neu zu bauen. Man müsse darüber nachdenken, ob man es erreiche, dass auch für Betriebe in Regionen, in denen es wenig Tierhaltung gebe, Lagermöglichkeiten für Wirtschaftsdünger gebaut werden könnten. Im Moment sei das in Nordrhein-Westfalen ausgeschlossen, auch im Hinblick auf die niederländische Gülleproblematik. Dennoch könne man darüber nachdenken, ob man in Gebieten, in denen Wirtschaftsdünger eingesetzt werden könne, aber keine Tiere seien, Wirtschaftsdünger lagere. Das sei mit Risiken verbunden – da sei er sehr vorsichtig in der Beurteilung, da gebe es noch keine Entscheidung –, es würden Handlungsoptionen diskutiert.

Man habe erfolgreiche Programme zur emissionsmindernden Ausbringung. Das sei verlängert worden. Es gebe viele Stellschrauben, die man bearbeite. Er könne das Stichwort nennen „extrem nährstoffreduzierte Fütterungsverfahren“, man versuche also, auf den Betrieben selbst zu erreichen, dass die Nährstofffracht sinke.

Langfristig müsse man sich auch, die Ministerin habe es erwähnt – das geschehe auch durch die Nutztierhaltungsstrategie –, überlegen, wie Tierbestände in Nordrhein-Westfalen künftig aussehen sollten. Das sei Zukunftsperspektive. Es sei schlussendlich auch eine betriebliche Entscheidung, wie viele Tiere in einem Betrieb gehalten würden. Dafür gebe es Regeln, die einzuhalten seien. Insofern müsse man sehr sorgfältig damit umgehen. Das seien drei Horizonte, die er sehe: Praxisrelevanz herstellen, Verträglichkeit mit der Landwirtschaft, Maßnahmen mittelfristig ergreifen und einen langfristigen Horizont entwickeln.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** schickt voraus, dass man im offenen System wirtschaftete, sei klar. Wenn man es schlagbezogen mache, gebe es Vermarktungsprobleme. Er frage, wer hellgrüne Petersilie kaufe. Wenn die Petersilie nicht eine entsprechende Farbe habe, gehe sie ins Leere. Man müsse überlegen, wie viel Zeit man brauche, um die Verzehrsmuster anzupassen.

In dem Bericht werde auf die Binnendifferenzierung abgehoben. Es sei zu lesen, dass man nach den Möglichkeiten suche, dass man prüfe, wie man eine Binnendifferenzierung machen könne. Das könne nur der Ansatz sein. Derjenige, der verantwortungsbewusst dünge, bei dem die Austräge in dem offenen System nicht so hoch seien, müsse auch einen Anreiz haben. Wenn man den in einem roten Grundwasserkörper genauso behandle wie denjenigen, der zu dem roten beitrage, habe man ein Problem. Er wolle jetzt nicht die Messstellenproblematik aufmachen. Deswegen plädiere er für die Binnendifferenzierung und dass man stärker eingrenzen könne, wo man das Problem habe, damit auch für die positiven Aktivitäten der Anreiz erhalten bleibe.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** hat eine konkrete Nachfrage. Wenn man es so mache, dass man es betriebsbezogen und nicht schlagbezogen gestalte, dann müsste es wenigstens so sein, dass es sich auf Flächen beziehe, die in einem räumlichen Zusammenhang stünden. Schlecht wäre es, wenn man in einer intensiv bewirtschafteten Region, etwa die Gartenbauregion im Rheinland, und diese Betriebe würden im Sauerland oder im Bergischen Land Grünland pachten. Sie könnten dann sagen, da dünge man sehr viel weniger. Er wüsste gerne, wie sich das auflöse.

**André Stinka (SPD)** meint, die Maßnahmen, die gerade beschrieben worden seien, seien Maßnahmen, die kurzfristig ergriffen werden müssten, um einen Problemfall abzuwenden. Das sei doch keine Perspektive über 2020 hinaus. Er frage, ob die Landesregierung wirklich glaube, dass sie Akzeptanz dafür erhalte, dass sie in andere Regionen Gülle verbringe. Man sollte doch den Landwirten deutliche Hilfen geben, so wie es im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ gefordert werde. Sie rechneten damit, dass es Strukturbrüche gebe. Deswegen habe er gefragt, wo die gemeinsamen Gespräche zur Ausgestaltung des GAP stattfänden und welche Perspektiven es über 2020 hinaus gebe. Die Maßnahmen, die gerade beschrieben würden, würden bis 2020 eventuell helfen, wobei 20 % schon ambitioniert seien.

Man müsse auch die Frage der Tierbestände stellen. Wenn er den Bericht, der gleichkomme, richtig verstehe, dann gebe es 90 % bestandsgeschützte Einrichtungen. Neubauten, Umbauten würden ein großes Problem darstellen. Er frage, wo die Perspektive sei, warum man hier nicht eine Vorhand übernehme und auch über 2020 hinaus diskutiere.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** verweist darauf, dass sie die Nutztierhaltungsstrategie des Landes schon angekündigt habe. Das sei ein großes Thema. Es gehe um die TA Luft aktuell, aber auch um Themen, die mittel- bis langfristig aufzeigen sollten, wo die Perspektive für die Tierhaltung in Nordrhein-Westfalen sei. Hintergrund sei, man könne nicht mehr so weitermachen, dass sich alle paar Jahre die rechtlichen Rahmenbedingungen änderten. Das sei für die Betriebe unerträglich.

Natürlich rede man über die Gemeinsame Agrarpolitik. Das sei überhaupt keine Frage. Sie habe an sehr vielen Diskussionsrunden zur GAP teilgenommen, von der „Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft“ bis hin zu den Landwirtschaftsverbänden. Sie sei in Brüssel gewesen, habe mit Hogan diskutiert. Nordrhein-Westfalen habe als einziges Bundesland ein gemeinsames Papier von Landwirtschaftsverbänden und Umweltverbänden zur gemeinsamen Agrarpolitik gemacht. Es sei etwas Besonderes. Alle seien an einem Tisch gewesen und hätten gesagt, wo die Perspektive sei. Im Moment passiere in Brüssel nichts. Sie sei tief deprimiert, dass nicht vor der Europawahl noch die Gemeinsame Agrarpolitik verabschiedet worden sei. Sie halte es für einen großen politischen Fehler, dass es nicht dazu gekommen sei. Nach der Wahl werde die Situation, je nachdem, wie sich das Parlament zusammensetze, zum Thema „Landwirtschaft“ mit Sicherheit nicht einfacher. Da habe sie nicht viel Nachholbedarf.

Die aktuelle Situation bei der Düngeverordnung sei schon schwierig. Sie wolle nicht einfach sagen, dass alles verschärft werde, dass sie dann die Strukturbrüche hinnehme. So einfach wolle sie es sich nicht machen. Jetzt müsse man eine gemeinsame Perspektive entwickeln, und das geschehe. Sie lade die Abgeordneten herzlich ein, sich an den Diskussionen mit zu beteiligen.

**RBr Dr. Jan Dietzel (MUNLV)** gibt an, die Überlegung, in einem Gebiet 20 % einzusparen, voll zu düngen und die 20 % Einsparung woanders hin zu verlagern, erinnere ihn an die Diskussion, die es gegeben habe, als das Greening eingeführt worden sei, als es um Stilllegungen gegangen sei – nicht, dass sie da in extensiv bewirtschaftete Gebiete ihre Brachen hinbrächten. Das sei so nicht eingetreten.

Hier sei die Situation etwas anders. Die 20 % müssten in „roten Gebieten“ eingespart werden. Der Landwirt könne sie nicht in ein Gebiet verlagern, in dem ein „grüner Grundwasserkörper“ sei. Das sei auch nicht im Sinne des Erfinders. Das sei so nicht angedacht. Die Kunst bestehe darin, im Regelwerk das vernünftig zu organisieren, dass es funktioniere. Das sei betriebsbezogen und arrondiert, so seien die Vorstellungen. Es solle keine Umgehung sein, es solle genau das Problem gelöst werden, dass man bestimmte Produkte mit 20 % weniger nicht mehr marktfähig bekomme. Das betreffe nicht nur die konventionell wirtschaftende Betriebe, sondern auch weite Bereiche des ökologischen Gemüseanbaus. Das wolle man auf keinen Fall.

**RBr Dr. Jons Eisele (MUNLV)** kommt auf die Frage zur Stickstoffdeposition, zur Vorbelastung zu sprechen. Natürlich sei die Vorbelastung berücksichtigt. Sie sei einmal berücksichtigt in der Düngebedarfsermittlung, die jeder Betrieb für jeden Schlag machen müsse. Da gebe es sogenannte Bedarfswerte für die einzelnen Kulturen. Das werde wie folgt ermittelt: Es würden an verschiedenen Standorten in allen Bundesländern Stickstoffsteigerungsversuche gemacht, dann leite man ab, wo das ökonomische Optimum liege. Das finde im Freiland statt. Da sei die jeweilige Stickstoffdisposition Teil der Düngung in den Versuchen. Sie bei den Sollwerten schon berücksichtigt. Es sei unterschiedlich je nach Standort, wie hoch die Deposition sei. Grundsätzlich sei sie dabei. Man könne das so genau nicht differenzieren, dass man für jeden Schlag sagen könne, da sei diese oder jene Deposition.

Wenn man die Nährstoffbilanz des Betriebes betrachte, auch da sei die Deposition mit enthalten. Es sei ja nichts, was von außen in den Betrieb eingetragen werde. Wenn man die Hoftorbilanz sehe: An Stickstoff gingen in den Betrieb rein die Futtermittel und die Düngemittel. Dann würden sie verfüttert. Im Stall entstünden Ammoniakemissionen, die in die Luft gingen. Der größte Teil gehe innerbetrieblich wieder auf die Flächen drauf. Es komme also nicht zusätzlich Stickstoff von außen rein. Das verschiebe sich zwischen den Betrieben, weil die Emissionen des einen Betriebes auch auf seine eigenen Flächen wieder runterkämen. Zum größten Teil sei es so, dass, wenn sie von Nachbarbetrieben oder anderen Betrieben kämen, in der betrieblichen Bilanz, auch in der Hoftorbilanz dieser Posten Stickstoffdeposition automatisch mit drin sei. Wenn man den von außen zusätzlich noch einrechnen würde, bekäme man wieder einen

Fehler mit dem Bezugssystem, mit dem Bilanzierungsraum, den man habe. Denn man rechne Stickstoffeinträge von außen dazu, was eigentlich ein innerbetrieblicher Kreislauf sei. Insofern werde die Stickstoffdeposition aus der Luft in dem System berücksichtigt und komme nicht zusätzlich von außen dazu, einmal über den Düngbedarf, da sei es mit eingepreist, und bei der Bilanzierung des Betriebes auch.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** folgert daraus, dass bei gleichen Bodenvoraussetzungen ein Landwirt in eine Ackerbauregion weniger Stickstoffdünger ausbringe als ein Landwirt im Klein-Münsterland. Beide hätten Lehmboden, alles sei gleich, beide bauten Weizen an. Dann würde der eine Landwirt weniger düngen, weil der Stickstoff berücksichtigt werde. Aus der Luft komme doch keiner. Sie gingen standardisiert nach Lehrbuch vor, wie zu düngen sei. Da gebe es doch keine Vorgaben für den Raum Land Münster. Er kenne Nmin-Proben, die im „Wochenblatt“ stünden, zur Orientierung für Nachdüngungen.

**RBr Dr. Jons Eisele (MUNLV)** meint, es sei schon etwas komplexer. Man habe auch Zu- und Abschläge, über den Nmin-Wert werde das abgebildet. Im Nmin-Wert finde man auch die Depositionen aus der Luft. Da, wo man enorme Mengen an Depositionen habe – das sei in der Regel in den viehstarken Regionen –, habe man auch höhere Nmin-Werte. Man habe höhere Stickstoffgehalte im Boden grundsätzlich über die organische Düngung, aber auch über die Deposition. Das werde bei der Düngerbedarfs-ermittlung beides berücksichtigt, sodass der Landwirt im Münsterland natürlich weniger dünge als der in einer Ackerbauregion auf Flächen, wo diese ganzen Einträge nicht stattfänden.

Herr Nolten habe die Binnendifferenzierung angesprochen. Da müsse man einmal die flächenmäßige Differenzierung unterscheiden, dass man schon eine Differenzierung innerhalb der „roten Grundwasserkörper“ vornehmen wolle nach bestimmten Kriterien, die noch mit dem LANUV gemeinsam bestimmt werden sollten, und einzelnen betrieblichen Ausnahmen, also der Möglichkeit, dass besonders gewässerschonend wirtschaftende Betriebe, Ökobetriebe oder Betriebe, die bestimmte Maßnahmen umsetzen, von den Anforderungen ausgenommen werden könnten. Grundsätzlich setze sich die Landesregierung dafür ein, dass es diese Optionen gebe, wobei man da auch sehr vorsichtig vorgehen müsse und genaue, prüfbare Kriterien festlegen müsse, nach denen ein Betrieb von den Maßnahmen ausgenommen werden könne.

Auch Kooperationen könnten als Möglichkeit genutzt werden, um hier zu Ausnahmen zu kommen. Da müsse man sehr genaue Kriterien festlegen, die auch sicherstellen würden, dass tatsächlich über die gewässerschonende Bewirtschaftung mindestens der gleiche Effekt wie diese Maßnahmen erreicht werde. Das werde die Verordnung auch so vorgeben.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** fragt, wieweit man dies rechtsicher machen könne.

**RBr Dr. Jons Eisele (MUNLV)** antwortet, natürlich müsse das rechtssicher gemacht werden. Das sei ganz klar. Ein Problem, das noch auf Bundesebene mit den Ländern diskutiert werde, sei, wenn man als Beispiel den Ökolandbau nehme, dass man dann beihilferechtliche Probleme bekomme. Letztendlich nehme man einen Betrieb von bestimmten rechtlichen Anforderungen aus, gebe ihm aber gleichzeitig eine Beihilfe dafür. Das gehe eigentlich nicht. Wenn man den Ökobetrieb oder den Betrieb, der auf seiner gesamten Fläche bestimmte gewässerschonende Agrarumweltmaßnahmen umsetze, von diesen rechtlichen Anforderungen ausnehmen würde, dann würde er gleichzeitig seinen Beihilfeanspruch verlieren. Das sei eine Frage, die auf Bundesebene noch geklärt werden müsse. Man suche Konstruktionen, die beihilferechtlich umsetzbar seien.

### **13 Auszahlung Dürrehilfen NRW**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1985

Die Beratung wird verschoben.

#### **14 Sachstand der Umsetzung der europäischen Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie in Nordrhein-Westfalen**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2002

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe mit Schreiben vom 24. April 2019 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/2002 übersandt worden sei.

**Norwich Rübe (GRÜNE)** bedankt sich für den Bericht, der sehr informativ sei. Die Umsetzung der Maßnahmen – das stehe in dem Bericht drin – erfolge überwiegend auf kommunaler Ebene. Bekannt sei, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen recht unterschiedlich sei, auch sei die Personalsituation in der Verwaltung unterschiedlich. Er frage, ob es deutliche Unterschiede bei der Umsetzung gebe, was daher rühre, dass die Kommunen unterschiedlich ausgestattet seien.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** macht darauf aufmerksam, dass die Aufgabe ein Stück weit auf die Wasserverbände übertragen worden sei. Von daher seien die finanziellen Möglichkeiten etwas breiter. In der Vorlage heiße es: „Damit befindet sich die Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie gemäß den Vorgaben und Fristen im Zeitplan“. Es sei sehr schön, dass man bei einer EU-Richtlinie im Zeitplan sei. Insofern habe man nicht einen solchen Druck, wie man ihn bei der Umsetzung anderer Richtlinien habe. Er bedanke sich für die umfassenden Ausführungen.

**Ministerialdirigent Gerhard Odenkirchen (MUNLV)** führt aus, er gebe das Lob für den Bericht gerne an die Kolleginnen weiter. Nun gebe es keine statistischen Zahlen darüber, ob es in Kommunen, die finanziell bessergestellt seien, besser laufe als in anderen Kommunen. Es werde versucht, die Kommunen dadurch zu unterstützen, dass Beratungsleistungen angeboten würden und dass das Land auch Fördermöglichkeiten schaffe, Maßnahmen umzusetzen. Zuletzt sei ein Leitfaden zum Thema „Starkregen“ herausgebracht worden, in dem deutlich gemacht werde, dass man den Kommunen an der Stelle finanziell unter die Arme greife.

## 15 Organisationsgutachten Umweltkriminalität

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1995

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe mit Schreiben vom 24. April um einen Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/1995 übersandt worden sei.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** bedauert weiterhin die Abschaffung der Stabsstelle. Es sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, das immerhin 88.000 Euro koste, um eine neue Organisationsstruktur aufzubauen. Man schaue, wie man es machen könne. Vielleicht bekomme die Landesregierung auch eine Bestätigung dafür, dass alles gut sei, wie es jetzt die Ministerin bzw. die Vorgängerin schon im Ministerium verteilt hätten. Vielleicht bekomme man auch als Ergebnis, dass man am besten wieder eine Stabsstelle Umweltkriminalität einrichte. Man wisse es nicht. Vielleicht gebe es auch die Empfehlung, dass man eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft bekomme.

Er glaube, dass im Ergebnis die Stabsstelle keine schlechte Arbeit geleistet habe. Mit den 88.000 Euro hätte man das tun können, was zu Recht kritisiert worden sei, dass die Stabsstelle personell nicht ausreichend ausgestattet gewesen sei. Die Kritik würde er teilen. Aus Sicht seiner Fraktion sei da politisch motiviert eine funktionierende Struktur zerschlagen worden, anstatt sie zu stärken und zu verbessern. Dieser Weg wäre deutlich einfacher gewesen, als im Nachhinein zerschlagenes Porzellan wieder zusammenzukitten.

**Heinrich Frieling (CDU)** empfiehlt, nicht in die bekannte Diskussion über die Stabsstelle zu verfallen. Immerhin sei das noch Teil des Untersuchungsausschusses II, der noch unterwegs sei. Insofern werde man sich mit der Frage, ob die Stabsstelle gute Arbeit geleistet habe, sowieso noch beschäftigen. Wichtig sei, dass die Aufgaben erledigt würden, dass Umweltkriminalität vernünftig, nachhaltig, dauerhaft und in der Breite verfolgt werde. Da könne es nicht schaden, auch externe Expertise einzuholen. Die einmaligen Kosten für ein Gutachten stünden in keinem Verhältnis zu den Kosten, die man auf Dauer möglicherweise als Investition da hineinstecken müsse. Das müsse man betrachten. Da sollte man abwarten, was das Gutachten erbringe.

**André Stinka (SPD)** ist mit dem Bericht nicht einverstanden. Er habe sich einmal vorgestellt, man wäre ein mittelständisches Unternehmen, das die Motorenproduktion abschaffe, um zwei Jahre später darüber nachzudenken, ob man nicht doch Motoren produzieren sollte. CDU und FDP hätten damals diese Stelle schlechtgeredet nach dem Motto: Sie sei nur für Greifvögel zuständig. Das sei die Aussage der damaligen Ministerin gewesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten sich schon sehr gewundert, dass sie nur für Greifvögel zuständig seien. Es habe die politische Ansage



gegeben, dass diese Stelle keine Notwendigkeit habe. In der Debatte habe man gesehen, dass diese wichtige Stelle auch aufgelöst worden sei. Nun nehme die Landesregierung Steuergeld in die Hand, um zu gucken, ob man das nicht besser lösen könnte.

Wenn er seinen Kindern erklären wolle, wie Politikverdrossenheit entstehe, dann sei das das Paradebeispiel dafür, dass hier einer Firma 90.000 Euro hinterhergeschmissen werde, die garantiert noch andere Einnahmequellen organisiere. Politisch habe man kein Ziel, keinen Plan, damals sei die Stabsstelle ohne Sinn und Verstand aufgelöst worden. Die Regierung spreche groß von Entfesselung und wenig Bürokratie. Nun schmeiße sie Geld einer Institution hinterher, die sich Glaspaläste baue, um genau das zu tun, was man damals schon gesagt habe. Politisch sei das eine Bankrotterklärung.

**Heinrich Frieling (CDU)** betont, das seien viele Worte, viel Lärm, viel Nebel gewesen. Herr Stinka spreche von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Seines Wissens sei diese Stabsstelle auf eine Person reduziert gewesen. Das sei in Kenntnis der allgemeinen Organisationswissenschaft schon eine ungewöhnliche Konstellation.

**Frank Börner (SPD)** schließt sich den Ausführungen von Herrn Stinka an. Es sei spannend, dass man erst die Stabsstelle auflöse und dann prüfe, ob das richtig gewesen sei. Wenn man so mit Steuergeldern umgehe, könne das nur Politikverdrossenheit nach sich ziehen. Herr Frieling habe gesagt, dass sich ein PUA damit beschäftige, was damals passiert sei und warum die Stabsstelle aufgelöst worden sei. Vielleicht sei die damals zuständige Person gegenüber der damaligen Ministerin nicht freundlich genug gewesen oder es gehe um Organisationsfragen. Das werde man herausfinden können und im Gutachten vielleicht auch eine Meinung dazu bekommen. Man müsse in Nordrhein-Westfalen etwas tun, was die Umweltkriminalität angehe, man müsse etwas tun, was Tierschutz angehe, und dürfe keine Kontrollen und Überwachungen abschaffen.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** möchte, da sie dieses Gutachten in Auftrag gegeben habe, ihre Beweggründe aufzeigen. Das habe auch etwas mit der Diskussion zu tun, wie sie gerade hier geführt werde. Sie sei jetzt seit einem Jahr Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Sie habe die Struktur zum Thema „Umweltkriminalität, Verbraucherschutzkriminalität“ so vorgefunden, wie sie sei, nämlich in den Fachabteilungen bzw. im Justizariat. Sie – das sage sie ganz offen – komme mit dieser Struktur hervorragend klar. Sie habe schon mehrere Gelegenheiten gehabt, das auch zu testen und zu gucken, ob es wirklich so laufe.

Jetzt sei vonseiten der Opposition immer wieder moniert worden, so könne das nicht gehen. Die Stabsstelle sei früher viel besser gewesen. Also habe sie sich – das habe sie aus ihrer beruflichen Erfahrung heraus mitgenommen – gesagt, die einen sagten hü, die andere sagten hott, sie komme sehr gut damit zurande. Die Diskussion werde die Politik aber eine ganze Zeit lang weiter begleiten, wie man auch heute sehe. Also werde eine Beratungsgesellschaft, die sich in diesen Fragen im öffentlichen Raum ei-

nen Namen gemacht habe – PWC sei eine Beratungsgesellschaft, die sich vornehmlich mit öffentlichen Unternehmen, mit der öffentlichen Hand beschäftige –, beauftragt, sich diese Struktur genau anzugucken – nicht mehr und nicht weniger passiere da. Sie schlage vor, in dieser Frage abzurufen, sich das Gutachten anzugucken, wenn das im Laufe dieses Jahres komme. Das werde man hier intensiv diskutieren. Sie stehe dafür, dass man die Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität bekämpfe, früh mitbekomme, Maßnahmen ergreifen könne. Sie sage, die Struktur jetzt sei eine ausgezeichnete Struktur. Das heiÙe nicht, dass sie nicht noch besser sein könne oder dass man noch Veränderungen mache, etwa beim Thema „Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft“.

Von SPD-Seite sei die Begeisterung über die Stabsstelle auch nicht immer die allergrößte gewesen. Es habe einen Justizminister gegeben, der sich beispielsweise darüber eingelassen habe, dass sich die Stabsstelle zu sehr in seinen Geschäftsbereich der Staatsanwaltschaften einmische. Der damalige Staatssekretär ihres Hauses habe auf dem Brief vermerkt, man hätte das mündlich miteinander geklärt. Das Thema „Stabsstelle“ sei schon immer ein Thema gewesen. Sie bitte, ihr die Chance zu geben, eine optimale Struktur zu finden. Sie sage, die Situation im Moment sei schon sehr gut. Sie schätze es sehr. Es habe schon eine Bewährungsprobe gegeben, was diese Themen angehe. Sie bitte, das Thema im Sommer zu diskutieren. Dann gucke man, wie es am besten gemacht werde.

**Norwich RüÙe (GRÜNE)** findet es gut, dass die Ministerin das kleine Scharmützel zwischen den Ministerien noch einmal erwähne. Er habe sich die Fälle angeguckt. Wenn die Stabsstelle nicht gelegentlich so vorgegangen wäre, wie sie es gemacht habe, wäre nichts passiert. Dann wären zumindest die Kompetenzen strikt getrennt gewesen. Die Kritik ziele ja nicht auf die Ministerin, die Kritik ziele darauf zu sagen, diese Stabsstelle habe vorher funktioniert und sei aus rein politischen Gründen demontiert worden. Ob man dieses Gutachten bräuchte, könne er nicht bewerten. Wenn man schon 88.000 Euro für ein solches Gutachten in die Hand nehme, erwarte er am Ende auch, dass daraus interessante Strukturen erwachsen. Sonst wäre es herausgeschmissenes Geld.

**André Stinka (SPD)** erkundigt sich, ob, wenn es das Ergebnis des Gutachtens sein sollte, dass die Stabsstelle sinnvolle Arbeit geleistet habe, es die politische Rückendeckung gebe, sie wieder einzuführen. Es sei schön, dass die Landesregierung, wenn die Opposition Vorschläge mache, Gutachten in Auftrag gebe. Dann werde sich seine Fraktion überlegen, wie man die Antragstellung so organisiere, dass man noch mehr Gutachten im Haus hervorbringe, um auch Denkprozesse anzuregen.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** erwidert, anschließend stelle Herr Stinka sie wieder an den Pranger aufgrund zu vieler Gutachten. Sie habe ihre Beweggründe dargelegt. Sie bitte, die Beweggründe zu akzeptieren. Sie wolle, dass das Thema bestmöglich bearbeitet werde. Das werde man hier im Ausschuss besprechen.

Mit hypothetischen Fragen beschäftigen sie sich nicht. Sie werden sich gelassen das Ergebnis des Gutachtens anschauen. Vielleicht komme etwas ganz Überraschendes heraus.

**16 Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Müllentsorgung zu sichern?**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2003

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die SPD-Fraktion habe mit Schreiben vom 24. April 2019 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/2003 übersandt worden sei.

**Jürgen Berghahn (SPD)** bedankt sich für den Bericht. Es gehe darum abzusichern, dass die Müllentsorgung auch zukünftig funktioniere und dass es keine Engpässe gebe. Im Großen und Ganzen sei zu lesen, dass die Müllentsorgung aus dem privaten Bereich und die Beseitigung des Sperrmülls durch andere Kapazitätslücken problemlos übernommen werden könne. Die Landesregierung sehe selber Probleme beim Thema „Klärschlämme aus den Abwasserbehandlungsanlagen“. Das verstärke sich noch einmal durch die neue Klärschlammverordnung.

Darüber hinaus gebe es durch die Klärschlammverordnung den Punkt, dass die Verbrennung in Kohlekraftwerken oder in Hausmüllverbrennungsanlagen stark eingeschränkt werde, zukünftig gar nicht mehr möglich sei. Es sei eine Studie in Auftrag gegeben worden, um zu klären, wie die Zukunft aussehe, was man beachten müsse. Ihn würde interessieren, wie dieses Gutachten aussehe, welche Fragestellungen behandelt würden, welche Ziele vorgegeben seien. Er vermute, dass die Landesregierung das Gutachten im Ausschuss auch schriftlich übersenden werde. Dann bräuchte man über diesen Punkt nicht weiter zu diskutieren.

**LMR Thomas Buch (MUNLV)** macht darauf aufmerksam, dass das Gutachten umfangreich strukturiert sei. Die Bearbeitungszeit dauere recht lange. Es würden etwa neun oder zehn Punkte untersucht. Das Gutachten sei auch mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt worden, weil es auch um Fragen der kommunalen Klärschlamm Entsorgung gehe. Es werde ein sehr aufwändiges und umfangreiches Werk. Er könne dem Ausschuss gern die Struktur des Auftrags zukommen lassen, welche Fragen alles abgearbeitet würden.

**RBe Gudrun Both (MUNVL)** verweist auf Vorlage 17/367 vom 1. Dezember 2017 „Sachstandsbericht zur Novellierung der Klärschlammverordnung“. In dieser Vorlage werde ausführlich dargestellt, was Ziel und Inhalt dieses Gutachtens sei.

Zum Thema „Klärschlammverbrennung“: Man habe da kein Entsorgungsproblem. Aufgrund der Novelle der Klärschlammverordnung 2017 sei eine Pflicht zur Phosphorrückgewinnung eingeführt worden. Die werde frühestens ab 2029 greifen. Auf diese Situation bereiteten sich alle in Nordrhein-Westfalen vor.

Mit dem Gutachten wolle man den nötigen fachlichen Background liefern. Alle, die zukünftig von den neuen Regelungen der Klärschlammverordnung betroffen sein würden, seien schon unterwegs. Das seien die Betreiber der großen Kläranlagen, die Wasserverbände etc.

**LMR Thomas Buch (MUNLV)** hält fest, die Eckpunkte des Gutachtens könne er dem Ausschuss gerne zur Verfügung stellen.

## 17 Was bleibt übrig von der NRW-Nutztierhaltungsstrategie?

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2000

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die Fraktion der SPD habe mit Schreiben vom 24. April 2019 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/2000 übersandt worden sei.

**Frank Börner (SPD)** geht nach dem, was er von der Ministerin gehört habe, davon aus, dass über den Sommer noch richtig etwas passiere. Das Verbandsklagerecht sei abgeschafft, die Veterinärämter seien von Landesebene auf Kommunalebene zurückversetzt worden, was nicht unbedingt klug sei. Es gebe Riesenprobleme im Brandschutz. Über die Düngeverordnung habe der Ausschuss ausführlich diskutiert. Man müsse hier etwas tun. Er höre gerne, dass da etwas geplant sei, was über den Sommer gehe. Er mahne an, dass man im Sommer Fakten auf den Tisch bekomme und auch Schritte nach vorne gehe. Man werde an vielen Stellen den Menschen erklären müssen, was man mache.

Die Landwirte seien dabei, was die Lebensmittelproduktion angehe, Vertrauen zu verlieren. Man werde den Wasserkonsumenten erklären müssen, dass es nicht mehr so ohne Weiteres möglich sei, aus jedem Wasserhahn bedenkenlos Wasser zu trinken, was ein sehr hohes Gut sei, oder man werde den Menschen erklären müssen, dass sie für Trinkwasser wesentlich mehr Geld ausgeben müssten, weil zusätzliche Reinigungsstufen benötigt würden.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** führt aus, sie nehme die Polemik aus dem Beitrag heraus und konzentriere sich auf die Themen, die Herr Börner angesprochen habe. Die Themen seien völlig zu Recht angesprochen worden. Das sei genau der Grund, warum die Landesregierung diese Arbeitsgruppe Nutztierhaltungsstrategie, die Professor Jaeger leite, eingerichtet habe. Mittlerweile habe man so viele unterschiedliche Probleme und Themen im Bereich der Tierhaltung, dass man das auf dem normalen fachlichen Weg in eine Abteilung gar nicht geregelt bekomme oder es gar nicht schaffe, darauf vernünftig Antworten zu geben.

Die brennenden Schweineställe seien genannt worden. Sie habe sich eine Übersicht geben lassen, was im letzten Jahr passiert sei. Sie habe gefühlt den Eindruck, es würden zu viele Ställe brennen. Im Vergleich zu anderen Einrichtungen, die abbrennen würden, sei es bei Schweineställen ein besonders häufig vorkommendes Phänomen. Die Zahlen, die Statistiken hätten das bestätigt. Sie habe mit der Bauministerin dazu Kontakt aufgenommen. Das Thema sei mehrfach im Ausschuss behandelt worden.

Sie verweise auf die TA Luft und auf den Widerspruch zwischen Tierwohl und Immissionsschutz, der immer noch nicht aufgelöst worden sei. Sie hoffe, dass der Konflikt über die Novellierung der TA Luft aufgelöst werde, was aber ein sehr schwieriges Geschäft sei. Im Augenblick sei es so, dass die unfreundlichste Tierhaltungssituation am

besten durch das Bundesimmissionsschutzgesetz gedeckt sei. Das wolle man aber politisch nicht. Das sei ein Thema.

Es gebe das Thema Tierwohlkennzeichnung, es gebe die private Initiative, die Bundesinitiative. Sie befürchte, dass zwar 90 % der Verbraucherinnen und Verbraucher sagten, sie wollten, dass die Tiere vernünftig gehalten würden, Außenklima usw. Wenn es dann aber ans Bezahlen an der Kasse gehe, sagten 9 %, das würden sie auch bezahlen. Sie wolle jetzt nicht Verbraucher-Bashing machen. Also müsse man sich auch hier Gedanken darüber machen, wie man es schaffe, dass die Leute bereit seien, mehr zu bezahlen, oder was man tun könne, damit die Standards der Regelfall würden. Das sei auch eine Variante.

Sie habe jetzt ein paar Themen genannt, die in dieser Arbeitsgruppe behandelt würden. Es werde darüber häufig berichtet. Auch wenn es gewünscht sei, könne man über einzelne Facetten der Diskussion berichten. Man werde im Laufe des Sommers ein Gesamtbild bekommen. Es sei auch schwierig. Man sei intern dabei, das zu besprechen. Da würden bestimmt auch Sachen drin stehen, die dem einen oder anderen wehtäten, die auch nicht so einfach in der Umsetzung seien. Bei dem, was Herr Stinka vorhin beim Thema „Düngeverordnung“ angemahnt habe, sei es entscheidend, dass man jetzt mit einer solchen Nutztierhaltungsstrategie den Landwirten eine vernünftige Perspektive gebe, die nicht nur das nächste Jahr überstehe, sondern einen längeren Zeitraum.

**Heinrich Frieling (CDU)** schließt sich den Ausführungen der Ministerin an. Er wolle jetzt nicht alles wiederholen. Aufgrund des Hintergrunds der Formulierung dieser Berichtsfrage und auch der Äußerung von Herrn Börner stelle er sich die Frage, ob alle bereit seien, sich dieser Diskussion in der richtigen Art und Weise zu stellen, ohne mit undifferenzierten Vorverurteilungen in eine solche Diskussion hineinzugehen. Wenn alle bereit seien, das zu tun und die Diskussion sachlich zu führen und nicht vorzuverurteilen zulasten der Landwirte, dann könne das auch etwas Vernünftiges werden. Dann könne man auch im Dialog mit den Betroffenen auf allen Seiten, Verbrauchern, Landwirten, die da unterwegs seien, vernünftige Ergebnisse erzielen, die dauerhaft tragfähig seien. Er finde es sehr gut, dass das im Ministerium auf sehr breite Beine gestellt werde, dass eine gründliche Vorarbeit und Diskussion erfolge.

Es habe schon eine erste Fachkonferenz zu dem Thema in Bonn stattgefunden, an der leider keine Abgeordneten der Oppositionsfraktionen teilgenommen hätten. Die CDU-Fraktion führe am 14. Mai 2019 noch einmal ein öffentliches Werkstattgespräch durch. Alle seien eingeladen, in diese gesellschaftliche Diskussion entsprechend einzusteigen. Er hoffe, dass man das in der notwendigen Differenziertheit und Offenheit dann auch tue.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** stellt heraus, als Abgeordneter entscheide er selbst, an welchen Veranstaltungen er teilnehme. Er habe sich das Programm angeschaut, das in Bonn stattgefunden habe. Er habe es nicht für so hochspannend gehalten, dass er gesagt hätte, dass ihn das persönlich so viel weiterbringe. Das entscheide jeder selbst.

Die Ministerin habe eben gesagt, Verbraucher entschieden sich an der Theke oft anders, als sie sonst argumentierten. Seit mehr als 2015 habe es ein Gutachten des Beirates gegeben, wie man es machen sollte. Da stehe klar drin, dass es nicht alleine durch einen höheren Preis zu finanzieren sei, sondern dass da eventuell die GAP-Mittel umzuwidmen seien. Er finde es noch nicht so schlimm, dass die Entscheidung zu GAP noch nicht getroffen sei, das könne man auch in der nächsten Legislaturperiode noch machen.

In dem Bericht habe er zwei Punkte gefunden, die sehr beachtlich seien. Den einen Satz habe er erwähnt, nämlich die Verlässlichkeit internationaler Märkte. Der andere Punkt sei die Frage, dass die Wertschätzung pro Tierplatz sich deutlich verändern müsse. Das seien die Knackpunkte, bei denen man gucken müsse, wie man dahinkomme.

Zur Frage „Spannungsfeld, Tierschutz, Emissionsrecht“ – das sehe er auch. Auf der anderen Seite sollte man nicht so tun, als wäre das der absolute Verhinderungsgrund. Er kenne etliche große Bullenmastställe auf Stroh, die gefördert worden seien, die neu gebaut worden seien. Das seien Ställe, die stark emittierten. Sie seien möglich gewesen. Der Punkt sei nur der, man müsse der Landwirtschaft auch ehrlich sagen, dass es ohne eine Reduktion der Tierplatzzahlen auch nicht geben werde. Die Erwartung, man könne seine 4.000, 5.000 Mastplätze behalten und die dann als PigPort-Ställe betreiben, das werde wohl nicht funktionieren. Er wäre auch nicht bereit, den Emissionsschutz da aufzuweichen.

Er sei ein wenig enttäuscht und hätte sich einen anderen Stand gewünscht. Die Ministerin wolle noch nicht mehr sagen. Es werde beraten, es gebe Arbeitsgruppen, man denke darüber nach. Er sei gespannt. Die Debatte habe man auch – man könne das Bundesministerium mit hinzunehmen –, dass der Handel längst weglaufe. Der Handel ziehe alles schon ein, und die Politik laufe hinterher. Er fände es gut, wenn die Politik wieder vorne weglaufen würde.

**Bianca Winkelmann (CDU)** unterstreicht, in dem Bericht werde differenziert dargestellt, was alles schon auf den Weg gebracht worden sei. Einigkeit bestehe doch darin, dass es keine einfachen Antworten um den strukturellen Umbau der Tierhaltung geben könne. Das sei ein langwieriger Prozess.

Sie sei zutiefst enttäuscht von der SPD, speziell von Herrn Kollegen Börner. Herr Börner schüre undifferenziert Ängste und Sorgen in der Bevölkerung. Da kämen Pressemitteilungen heraus, in denen stehe, aufgrund der Gülle werde das Wasser teurer. Solch ein Vorgehen Sorge dafür, dass die Landwirtschaft nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland am Boden liege, dass junge Landwirte nicht mehr bereit seien, Betriebe zu übernehmen. Die SPD betreibe ein Bauern-Bashing. Sie finde das sehr bedauerlich und habe große Sorge, dass man zu einer vernünftigen Diskussion an der Stelle kommen könne.

Sie sei übrigens in Bonn gewesen. Das sei eine sehr interessante Veranstaltung gewesen. Natürlich müsse jeder selbst entscheiden, ob er hingehe oder nicht. Von der



SPD sei zumindest der Referent anwesend gewesen. Die Regierungsfractionen versuchten immerhin noch, den Konsens mit der Opposition zu finden. Der Kollege Frieling habe auch eine Einladung ausgesprochen, am nächsten Dienstag, den 14. Mai, um 18:00 Uhr seien alle Kollegen aus den Fachausschüssen herzlich eingeladen, am Werkstattgespräch zur Nutztierhaltung der Zukunft teilzunehmen. Ihre Fraktion beschränke sich nicht darauf, nur darüber zu diskutieren und zu schimpfen, sondern man gehe mit den Betroffenen in den Dialog. Das sei aktive Politik in Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** möchte den Appell der Ministerin gerne aufnehmen. Er werde darauf ankommen, wie ideologiefrei man in die Debatten reingehe. Nur die Tatsache, dass man einen entsprechenden Export habe, sei an sich noch nichts Schlechtes. Die Frage sei, wie viel Export man brauche und welche Art von Export man brauche. Dass man komparative Vorteile in der Produktion von Schweinen in den gemäßigten Breiten habe, sei allseits anerkannt. Wenn man die Schweine an anderen Standorten der Welt produziere und dabei einen höheren Futtermittelverbrauch habe, dann wisse man auch, wo die Proteinbasis erzeugt werde. Aber da man keine „zweite Welt“ habe, auf die die Guten ausweichen könnten, – man müsse schon sehen, wie man es insgesamt bunt mache –, dann sei das schon mal ein Aspekt. Mit der Generalisierung tue er sich immer schwer.

Er komme aus einem ländlichen Beritt und habe auch die Übersicht bei ihm in der Region. Da gebe es noch mehrere Wasserwerke. Die Wasserpreiserhöhung, die vorgenommen werde, hänge nicht von den Stickstoffwerten und den Nitratwerten ab. Es gebe beste Grundwasserqualität. Viele Jahre hätten die kommunalen Wasserwerke die Erneuerungsquoten in den Leitungen vernachlässigt – und das werde jetzt angesichts der niedrigen Zinsen nachgeholt, zum Teil habe es Erneuerungsraten im Netz von unter 1 % gegeben, wie auch ein Monitoring und ein Vergleich der Wasserwerke deutlich aufgezeigt habe. Er bitte um eine differenziertere, ruhigere Betrachtung. Er wolle nicht ausschließen, dass es bei dem einen oder anderen auch an den Stickstoffen liege. Wenn man hier mit der Strategie erfolgreich sein wolle, dann müsse man nüchterner und ruhiger an die Debatte herangehen.

**André Stinka (SPD)** meint, wenn einer zu Nüchternheit neige, dann sei das die Sozialdemokratische Fraktion im Landtag. Herr Nolten fordere ideologiefreies Vorgehen. Er könne gerne Pressemitteilungen der letzten 25 Jahre aus dem „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ zeigen, da werde man überrascht sein, was alles so ideologiefrei geschrieben werde.

Er habe in seiner Haushaltsrede auch bei der neuen Ministerin gesagt, dass seine Fraktion sehr wohl daran interessiert sei, an der Tierwohlstrategie mitzuarbeiten. Die Landesregierung tappe in eine Falle, das habe er vorhin auch gemeint, als der Ausschuss über Gülle gesprochen habe. In der heutigen Gesellschaft finde man keine Akzeptanz mehr, dass man Gülle von A nach B fahre. Deswegen habe seine Fraktion gesagt, man brauche eine Strategie, dass Landwirtschaft möglich bleibe. Er wisse, wie schwer es sei. Man habe in vielen Bereich der Industrie in Nordrhein-Westfalen erlebt,

dass auch die Sozialdemokraten geglaubt hätten, dass mit dem Strukturwandel gehe schon, aber nur so lange, bis man an der Abbruchkante sei. Alle würden im Moment merken, dass man genau an dieser Stelle sei. Man wolle landwirtschaftliche Produktion und ideologiefrei darüber sprechen. Dann müsse man auch klar sagen, dass das die letzten Jahre unter CDU und FDP überhaupt nicht der Fall gewesen sei.

Herr Nolten komme aus einer Region, die nicht zu den „roten“ Regionen in Nordrhein-Westfalen gehöre. Man rede hier über unterschiedliche Bestandszahlen. Regierungsbezirk Münster, 4,2 Millionen, Regierungsbezirk Köln, 66.000. Alle müssten daran arbeiten, dass Akzeptanz geschaffen werde und dass die Kolleginnen und Kollegen eine Zukunftsperspektive hätten. Mit solchen WLV-Sprüchen komme man da nicht weiter. Er stelle sich auch gerne der Debatte. Das helfe aber nicht weiter, weil man bei den verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen, durch die Fragen der GAP, durch die Fragen der Gülleverordnung an einen Punkt komme, bei dem man sich entscheiden müsse. Die Opposition dürfe sehr gut von der Ministerin und den regierungstragenden Fraktionen eine Strategie erwarten, wo man übernächstes Jahr stehen wolle. Er glaube, das sei man auch den Landwirten schuldig, für die man sich ja so vehement einsetze. Seine Fraktion werde den Beitrag dazu leisten.

Herr Börner habe einige Punkte genannt. Das werde man sehr wohl begleiten. Ob man auf Veranstaltungen gehe oder nicht, werde der fachlichen Kompetenz sicherlich wenig Abbruch tun. Herr Riegert habe davon berichtet, er habe auch berichtet, dass Exportzahlen nach China thematisiert worden seien, er habe auch darüber berichtet, dass sich der Weltmarkt insgesamt volatil entwickle – das stehe auch in der Vorlage –, sodass man überlegen müsse, wo die Märkte hingingen, wie man das organisieren könne, wie man Zukunft gestalten könne. Das mache man nicht, indem man sich in Allgemeinplätzen verliere und sage, die SPD wäre ideologiebehaftet. Das stimme nicht. Seine Fraktion sei daran interessiert, die Strukturen zu halten.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** verweist auf den Bericht. Darin heiße es, dass in anstehenden Dialogrunden die weitere Ausgestaltung und konkrete Umsetzung erarbeitet werden solle. Dann heiße es: „Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass zeitlich zunächst die zukünftigen Anforderungen in Bezug auf die Tierhaltung klar definiert sind und somit der notwendige Anschaffungsbedarf bestimmt ist.“ Er wüsste gerne, wann die Ministerin davon ausgehe, dass man diese zukünftigen Anforderungen exakt kennen würde, dass man das definieren könne. Wenn die Anforderungen da seien, fingen ja die Dialogrunden an. Er frage, wann das Ergebnis auf den Tisch komme. Er warte schon Jahre. Die Vorgängerin habe es angekündigt. Jetzt müsste doch irgendwann einmal etwas kommen.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MUNLV)** hält fest, das Ganze müsse Hand und Fuß haben und es solle eine vernünftige Perspektive geben. Im Moment sei man in der hausinternen Abstimmung. Schon die sei nicht die einfachste, weil viele betroffen seien und viele Abteilungen vielleicht eine andere Meinung zum Thema hätten. Dann wisse

man, was blühe, wenn es zur öffentlichen Kommunikation mit den beteiligten Verbänden kommen werde.

**MR Prof. Dr. Friedhelm Jaeger (MUNLV)** betont, es sei deutlich geworden, dass am jetzigen Entwurf der TA Luft sehr viel diskutiert werden müsse, um einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Zielen Umweltschutz, Emissionsschutz und Tierwohl. Ein Beispiel sei die Frage von Offenställen. Wenn man Offenställe haben wolle, dass die Tiere Außenklimareize hätten – das sei im Tierwohllabel ein zentraler Punkt –, dann müsse man das in Balance bringen mit den Anforderungen des Emissionsschutzes, die die Emissionen messen und reduzieren wollten. Da müsse man einen Ausgleich schaffen.

Datenbanken seien ein großes Thema. Man sei dabei, die Datenbanken zu vernetzen. Es gebe eine Vielzahl von Daten, die im Moment singulär auf Datenfriedhöfen lägen im Schlachtbereich, im Arzneimittelbereich, im Handelsklassenbereich. Man sei dabei, hier eine Integration zu schaffen, um aus diesen Daten eine Art Tierwohllindikatoren, Früherkennungssysteme herauszufiltern, weil man möglichst frühzeitig wissen wolle, was Sache sei. Diese Beispiele würden zeigen, wie wichtig es sei, die Basis zu schaffen, um erst einmal die Ausgangslage festzulegen, wo man andocken könne.

## **18 Gefährdung von Insekten durch Windenergieanlagen**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2037

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die Fraktion der AfD habe mit Schreiben vom 8. Mai 2019 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/2037 übersandt worden sei.

**Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/2037 zur Kenntnis.**

gez. Dr. Patricia Peill  
Vorsitzende

16.07.2019/25.07.2019  
73